

Die Etablierung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Akademiehistorische Weichenstellung in der Frühphase des Kalten Krieges

Hubert Laitko

Die lang tradierte und in der öffentlichen Diskussion noch immer gängige Denkweise, die jeweiligen institutionellen Verfasstheiten wissenschaftlicher Forschung als bloße „Randbedingungen“ abzuhandeln, lehne ich im Folgenden radikal ab: denn es gibt kein Bild ohne Rand.

Mitchell G. Ash¹

Am 21. Juni 1946 feierten die Wissenschaftler der Welt, die aus den traumatischen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges langsam wieder zur Normalität ihrer täglichen Arbeit zurückfanden, den 300. Geburtstag des genialen Gelehrten Gottfried Wilhelm Leibniz. Die Mitglieder der Berliner Akademie der Wissenschaften hatten besonderen Grund, sein Andenken zu ehren, denn der Klassiker des neuzeitlichen Akademiegedankens war ihr Gründungspräsident. Unter seiner Leitung und wesentlich nach seinen Ideen war die Akademie am 11. Juli 1700 unter der Bezeichnung „Societät der Wissenschaften“ ins Leben getreten. So stand auch ihr traditioneller Leibniztag im kriegszerstörten Berlin am 4. Juli 1946 im Zeichen dieses Jubiläums. Für den Festvortrag „Leibniz und die

¹ Mitchell G. Ash, Ressourcenaustausche: Die KWG und MPG in politischen Umbruchzeiten – 1918, 1933, 1945, 1990, in: Dieter Hoffmann/Birgit Kolboske/Jürgen Renn (Hg.), „Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen“. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Berlin 2014, S. 281–314, hier S. 282.

deutsche Gegenwart“ wurde der kurz vorher zum Korrespondierenden Mitglied gewählte Leipziger Philosoph Theodor Litt gewonnen² und die Philosophin und Antifaschistin Liselotte Richter³ – die im Januar 1948 an der Berliner Universität als erste Frau in Deutschland zur Professorin für Philosophie berufen werden sollte – legte ihr Buch „Leibniz und sein Rußlandbild“ vor, eine der ersten Nachkriegspublikationen der Akademie.⁴ Auf „etwas zweifelhafte Weise“ – so Siegfried Lokatis – wurde arrangiert, dass diese Schrift als erste Veröffentlichung des neuen Akademie-Verlages erschien, obwohl dieser offiziell erst am 23. Dezember 1946 gegründet wurde: „Das Werk feierte den 300. Geburtstag des Akademie-Gründers, ließ sich aber auch gelegentlich des dreißigsten Jahrestags der Oktoberrevolution an sowjetische Kulturoffiziere verschenken“.⁵

Zwischen Gründergeburtstag und Leibniztag war eine bedeutende besatzungsrechtliche Entscheidung gefallen. Marschall Wassili D. Sokolowski, Oberster Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und Oberkommandierender der Sowjetischen Besatzungstruppen, hatte mit seinem Befehl Nr. 187 die Wiedereröffnung der früheren Preußischen Akademie der Wissenschaften (PAW) unter der neuen Bezeichnung „Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ (DAW) angewiesen.⁶ Der Befehl bedeutete für die Akademie die sicherste rechtliche Garantie, die zu jener Zeit überhaupt gegeben werden konnte.

2 Theodor Litt, *Leibniz und die deutsche Gegenwart*. Ein Vortrag, Wiesbaden 1947.

3 Vgl. Richard Schröder/Catherine Wenzel/Michael Weichenhan, *Nach jedem Sonnenuntergange bin ich verwundet und verwaist. Liselotte Richter zum 100. Geburtstag*, Berlin 2006.

4 Liselotte Richter, *Leibniz und sein Russlandbild*, Berlin 1946.

5 Siegfried Lokatis, *Die Gründung des Akademie-Verlags*, in: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 15 (1996) 7/8, S. 81–98, hier S. 87.

6 Befehl Nr. 187 des Obersten Chefs der SMA und Oberkommandierenden der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland zur Wiedereröffnung der Akademie vom 1. Juli 1946, in: Werner Hartkopf/Gert Wangermann, *Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990*, Berlin/Heidelberg/New York 1991, Dokument Nr. 136, S. 467–472.

1. Wissenschaft und Kalter Krieg. Prolegomena

Dieser Vorgang beansprucht historisches Interesse nicht allein und wohl auch nicht einmal in erster Linie deshalb, weil er institutionelle Kontinuität in einer Situation sicherstellte, in der ihr Abbruch nicht ausgeschlossen war, sondern vor allem, weil er eine akademiegeschichtliche Weichenstellung verkörperte, die einen zumindest für Deutschland und Mitteleuropa neuartigen Akademiotyp hervorbrachte. Dieser war gekennzeichnet durch die Kombination von meritokratisch konstituierter und sich durch Zuwahlen selbst ergänzender akademischer Gelehrtenengesellschaft mit einem umfangreichen Ensemble außeruniversitärer Forschungsinstitute. Damit stellte er „eine institutionelle Lösung dar, die den prestigeträchtigen und privilegierten Status des Akademiemitglieds in vielen Fällen mit der zum Teil sehr einflußreichen Hausmacht eines Institutsdirektors verband“.⁷ In der DDR wurde für diese Kombination zeitweise die Bezeichnung „Forschungsakademie“ verwendet. Diese Bezeichnung ist zwar irreführend, denn selbstverständlich sind auch Akademien ohne eigene Institute forschungszentriert; aber der Terminus selbst stellt ein historisches Faktum dar und wird deshalb hier benutzt. Es gibt plausible Gründe, in den „Forschungsakademien“ einen Institutionentypus *sui generis* zu sehen.⁸

Institutionelle Alternativen treten insbesondere in historisch labilen Situationen zutage, wenn eingefahrene Pfadabhängigkeiten erschüttert werden. Eine solche Situation war in Deutschland durch die vernichtende Niederlage und den totalen Zusammenbruch des Dritten Reiches gegeben. Hier hing sehr viel von dem äußeren Kräftefeld ab, in dem sich eine Institution wie die Akademie bewegte, aber auch von der Fähigkeit der geringen Zahl

7 Jürgen Kocka/Peter Nötzoldt/Peter Th. Walther, Resümee. Die Berliner Akademien 1945–1990, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*, Berlin 2002, S. 363–457, hier S. 370.

8 Vgl. Wolfgang Girnus/Klaus Meier (Hg.), *Forschungsakademien in der DDR – Modelle und Wirklichkeit*, Leipzig 2014.

nach Kriegsende in Berlin verbliebener Akteure, die darin liegenden Chancen zu erkennen und sich zunutze zu machen. Der Pharmakologe Werner Scheler, langjähriger Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR (1972 wurde die DAW umbenannt), legte im Jahr 2000 einen historisch-systematischen Gesamtüberblick über diese Institution vor und bemerkte darin rückschauend zur Ausgangslage 1945/46: „Nachkriegsdeutschland mit seinen vier Besatzungszonen und den vier Sektoren Berlins begann zentraler Schauplatz des Kalten Krieges zu werden. So *erfolgte die Neubeginn der Akademie an einem Scheidepunkt der Weltpolitik [...]*“.⁹ Die Ausgangskonstellation des Kalten Krieges war entscheidend dafür, dass die Berliner Akademie den Pfad in Richtung „Forschungsakademie“ einschlug.

Der Terminus „Kalter Krieg“ entstammt der Situationswahrnehmung der Zeitgenossen und ist ohne tiefer gehende begriffliche Reflexion in die Geschichtswissenschaft eingewandert. Auch im vorliegenden Beitrag, der einen akademiegeschichtlichen Transformationsprozess über einen Zeitraum von etwa 20 Monaten – von der Kapitulation Deutschlands bis zum Ende des Jahres 1946 – verfolgt, ist es nicht möglich, ihn kritisch zu reflektieren. Welthistorisch gesehen waren diese Monate die Frühphase des Prozesses, den man als den Kalten Krieg zu bezeichnen pflegt. Im Inneren der nach außen hin noch weitgehend intakten Anti-Hitler-Koalition baute sich eine zunehmende Ost-West-Spannung auf. In Deutschland, wo die bisherigen Partner der Koalition als Besatzungsmächte agierten, wurde diese Spannung besonders deutlich spürbar und besonders intensiv wirksam – bis hin zur politischen und gesellschaftlichen Spaltung des Landes. Auch die Entwicklungen innerhalb der Wissenschaftslandschaft wurden davon entscheidend geprägt. Diese Prägung wird hier auf der institutionellen Mikroebene anhand der Transformation einer traditionsreichen Akademie verfolgt.

9 Werner Scheler, Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss der Genese und Transformation der Akademie, Berlin 2000, S. 459 (kursiv im Original).

Insgesamt muss der Begriff des Kalten Krieges in diesem Beitrag ad hoc verwendet werden. Nur eine einzige Überlegung zu seiner historischen Spezifikation sei vorab gestattet. Die militärtechnische Achse des so bezeichneten Geschehens verlief längs der Entwicklung und des Einsatzes der ersten Atombomben, der Brechung des US-Kernwaffenmonopols, der Herstellung des atomaren Patts, des nuklearen Wettrüstens, des Erreichens der technischen Kapazität zur Auslöschung der Menschheit und der daraus resultierenden Arrangements zur Verhütung eines finalen Vernichtungskrieges. Die Zeitgenossen hatten wenig Zweifel an der überragenden Relevanz der Nuklearwaffen für die Wesensbestimmung und die Datierung des Kalten Krieges. Der britische Physiker Patrick M. S. Blackett, während des Krieges als wissenschaftlicher Berater der Royal Air Force tätig, schrieb im Jahr seiner Auszeichnung mit dem Nobelpreis 1948, „daß der Abwurf der Atombomben nicht so sehr den letzten militärischen Akt des Zweiten Weltkrieges darstellte, als vielmehr eine der ersten größeren Operationen in dem diplomatischen Kalten Krieg mit Rußland, der augenblicklich im Gange ist“.¹⁰ Ganz ähnlich bemerkte später der britische Feldmarschall Montgomery in seinem militärhistorischen Fundamentalwerk, der Atombombeneinsatz sei „der erste amerikanische Schlag im Kalten Krieg“ gewesen.¹¹

Die Möglichkeit des Einsatzes von Nuklearwaffen beruhte auf kernphysikalischer Grundlagenforschung, die – das ist ein entscheidender Punkt – ohne die mindeste Absicht derartiger Konsequenzen betrieben wurde. Die Anhäufung und Weiterentwicklung der Kernwaffen führte innerhalb historisch kurzer Zeit zum Aufbau eines Waffenarsenals, das ausreichte, die Erde unbewohnbar zu machen – ein Arsenal, das auch heute noch über diese Fähigkeit verfügt und das voll funktionsfähig ist. Das Damoklesschwert der Selbstvernichtung, das seit dieser Zeit über der Menschheit schwebt, unterscheidet den Kalten Krieg grundsätzlich von allen

10 Patrick M. S. Blackett, *Military and political consequences of atomic energy*, London 1948, S. 127.

11 Viscount Montgomery of Alamein, *Kriegsgeschichte. Weltgeschichte der Schlachten und Kriegszüge*, Frankfurt am Main 1972, S. 545.

früheren bi- oder multipolaren Konfrontationen zwischen Mächten oder Machtblöcken, in denen der Untergang einzelner Kombattanten die Obergrenze des Risikos bildete. Wenn Wissenschaft – nach Karl Marx' bekanntem Diktum „das Produkt der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung in ihrer abstrakten Quintessenz“¹² – so weit gelangt ist, dass mit ihrer Hilfe diese Entwicklung sich selbst ihr Ende zu setzen vermag, dann hat die existentielle Kopplung von Wissenschaft und Weltgeschichte ihr negatives Apogäum erreicht. Dafür steht historisch zuerst die Kernforschung, doch sie bildet nur den ersten Baustein jener suizidalen Kompetenz. In dieser Spannung lebte und wirkte nach 1945 jede wissenschaftliche Institution, unabhängig davon, ob und inwieweit sie das bewusst wahrhaben wollte.

Diese technische Fähigkeit war ein integrales Resultat der neueren Wissenschaft, mit vor- oder außerwissenschaftlichen Methoden hätte sie niemals erreicht werden können. Die Büchse der Pandora wurde von zahlreichen wissenschaftlichen Beiträgen aus vielen Ländern gefüllt, doch – um im Bild zu bleiben – der Schlüssel, der sie öffnen und damit dem Unheil freien Lauf lassen konnte, wurde in Berlin aufgefunden. Den entscheidenden Anteil daran hatte ein Ordentliches Mitglied der PAW (seit 1924), der Radiochemiker Otto Hahn, der 1938 am Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für Chemie in Berlin-Dahlem die Kernspaltung des Urans entdeckte.¹³ Hahn hielt seine Mitgliedschaft in der DAW bis zu seinem Tod 1968 aufrecht. Nach Kriegsende war er einerseits Mitglied der DAW, andererseits Präsident der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) – die beiden Institutionen aber befanden sich nun auf unterschiedlichen Seiten des Eisernen Vorhangs. Es ist und bleibt erstaunlich, wie wenig die Berliner Akademiker in der

12 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert. Marx-Engels-Werke, Bd. 26.2, Berlin 2000, S. 367.

13 Vgl. Elisabeth Kraus, Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung: Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers, Würzburg 2001; Mark Walker, Otto Hahn. Verantwortung und Verdrängung (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus 10), Berlin 2003.

unmittelbaren Nachkriegszeit diesen weltgeschichtlichen Zusammenhang wahrnahmen, in den doch auch ihre eigene Institution in gewissem Maße verwickelt war. Doch er bildete den Hintergrund ihres Tuns und Lassens und wie er mit dem verbunden war, was sie unmittelbar bewegte, bedarf noch gründlicher Forschungen.

2. Programmatishes Defizit und situatives Handeln

Nachvollziehbar wurde die Wirkung des beginnenden Kalten Krieges in der Transformation der PAW zur „Forschungsakademie“. Aber wie ging das im Einzelnen vonstatten? Der Umstand, dass die Akademie der Wissenschaften der UdSSR diesem Typus bereits entsprach und die sowjetische Besatzungsmacht am Sitz der Berliner Akademie zu jener Zeit die absolute politische Gewalt ausübte, könnte zu einer simplen Antwort verleiten: Die Besatzungsmacht verfügte über einen zentral vorgegebenen Masterplan, wie die Wissenschaftslandschaft in ihrem Herrschaftsbereich umzugestalten sei, und implementierte oder oktroyierte ihn über ihre Organe. Diese hypothetische Strategie wird in der Literatur „Sowjetisierung“ genannt. Eine solche Vorstellung mag zwar mit den ideologischen Präferenzen der Gegenwart korrespondieren, doch sie hat den Nachteil, von den Fakten nicht gedeckt zu werden. Der Physiker Pjotr I. Nikitin, der für das Hochschulwesen und die Berliner Akademie wohl wichtigste Offizier in der sowjetischen Militäradministration, verwendete deshalb im Titel seiner Lebenserinnerungen das Verb „sowjetisieren“ in ironischen Anführungszeichen.¹⁴ Vielleicht hätte die sowjetische Besatzungsmacht nicht ungern über eine effektive Strategie zur „Sowjetisierung“ des Wissenschaftssystems in ihrer Zone verfügt – das ist schwer zu beurteilen; Tatsache ist jedenfalls, dass sie eine solche Strategie nicht besaß und schon deshalb zu einer pragmatischen

14 Pjotr I. Nikitin, *Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“*. Erinnerungen des Sektorleiters Hochschulen und Wissenschaft der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Berlin 1997.

Politik Zuflucht nehmen musste. Manfred Heinemann, der die Wissenschaftspolitik aller vier Besatzungsmächte in Deutschland analysiert und vergleichend betrachtet hat, sah für die Sowjetische Besatzungszone „keine einheitliche Vorgehensweise der Sowjets und keine von ihnen irgendwie ausformulierte Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Wie in den Westzonen auch, findet sich auf seiten der Besatzungsmacht das, was als *Politik der jeweiligen Umstände* bezeichnet werden kann“.¹⁵

Hinzu kommt, dass auch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die unter dem Schirm der Besatzungsmacht in Ostdeutschland zu der auf deutscher Seite bestimmenden politischen Kraft wurde, zunächst über keinerlei eigene wissenschaftspolitische Strategie verfügte. Sowohl in der KPD als auch in der SPD, aus deren Fusion sie im Frühjahr 1946 hervorging, war dieses Politikfeld bis 1945 im Wesentlichen ein blinder Fleck gewesen.¹⁶ Jenseits der allgemeinen Entnazifizierungsverpflichtungen, über die unter den von den Besatzungsmächten zugelassenen politischen Parteien in der unmittelbaren Nachkriegszeit in ganz Deutschland weitgehender Konsens bestand, konnte die SED gegenüber den Forschungsinstitutionen zunächst nur so unspezifische Ziele verfolgen wie das einer möglichst großen Präsenz eigener Mitglieder – ein Ziel, mit dem sie angesichts der verschwindend geringen Zahl akademisch gebildeter Personen mit Forschungserfahrungen in ihren Reihen schnell an Grenzen stieß. In der Phase, in der die institutionelle Weichenstellung zur „Forschungsakademie“ erfolgte, waren die auf Seiten der Akademie maßgeblichen Akteure überwiegend „bürgerliche“ Gelehrte ohne kommunistischen Hintergrund. Ihnen gegenüber konnte es nicht um Oktroyieren gehen; die wichtigsten handlungssteuernden

15 Manfred Heinemann, Vorwort des Herausgebers, in: Manfred Heinemann unter Mitarbeit von Aleksandr Haritonow/Berit Haritonow/Mathias Judt/Anne Peters/Hartmut Remmers (Hg.), *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945–1949. Die Sowjetische Besatzungszone*, Berlin 2000, S. IX–XV, hier S. XIII (kursiv im Original).

16 Vgl. Peter Altner (Hg.), *KPD und Wissenschaftsentwicklung 1919 bis 1945*, Berlin 1986.

Faktoren waren Interessenartikulation, Erkunden von Interessenübereinstimmungen und Aushandeln von Kompromissen. Die Wechselbeziehungen, die zwischen dem Berliner Akademiepräsidium auf der einen und der sowjetischen Militärverwaltung sowie den von dieser abhängigen deutschen Verwaltungsorganen auf der anderen Seite bestanden, sind ein geradezu klassisches Exempel für den Gedanken der Reziprozität, der dem von Mitchell G. Ash entwickelten Konzept von „Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander“ zugrunde liegt.¹⁷

So war es nicht die eine große Aktion, die die institutionelle Weichenstellung realisierte. Vielmehr ergab sich diese als Resultante aus zahlreichen kleinen Schritten unterschiedlicher Akteure, die zudem oft spontan und situativ handelten. Die meisten dieser Schritte wären wohl für sich genommen reversibel gewesen; erst in ihrer Verkettung bewirkten sie einen irreversiblen Pfadwechsel. Der mächtige Attraktor, der die übergreifende Tendenz erzeugte, ohne die in sie eingeschlossenen Handlungen im Einzelnen zu determinieren, war die sich aufbauende Ost-West-Spannung. Dabei wurden die wichtigsten Schritte schon vor der offiziellen Wiedereröffnung der Akademie getan, also in einer Zeit, als die zwischen den Siegermächten vereinbarten Institutionen der Vier-Mächte-Verwaltung sowohl für Deutschland insgesamt als auch für Berlin im Besonderen voll in Funktion waren. Die Wiedereröffnung selbst und ihre akademiehistorische Bedeutung sind nicht zu begreifen, wenn man dieses vielgestaltige Geschehen nicht in Betracht zieht.

Im Selbstbewusstsein der Akademie war dieses reichhaltige Jahr vom Kriegsende bis zum 1. Juli 1946 lange kaum präsent. Erst in den 1980er-Jahren begann man sich stärker zu erinnern. Am 8. März 1981 lud Akademiepräsident Werner Scheler einen Kreis von Zeitzeugen zu einem Gespräch über die ersten Nachkriegsmonate ein, dessen unbearbeitetes Stenogramm erst 1999 veröf-

17 Mitchell G. Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Wiesbaden 2002, S. 32–51.

fentlicht wurde.¹⁸ Systematisch erschlossen wurde diese evolutionär entscheidende Phase dann mit der Dissertation von Peter Nötzoldt und seinen darauf aufbauenden weiteren Veröffentlichungen.¹⁹ Erst auf dieser Materialbasis lässt sich die Vorgeschichte der Wiedereröffnung einigermaßen sicher beurteilen. Imponierend bleibt das von der zeitlichen Dichte der relevanten Daten vermittelte Bild eines vitalen Willens zum Neubeginn nach der Katastrophe – unter Verhältnissen, in denen man nicht überrascht gewesen wäre, in der Trümmerwüste Berlin allgemeiner Lähmung und Apathie zu begegnen. Aber der Eindruck von nahezu hektischer Betriebsamkeit wiederholt sich auch auf anderen Feldern. Der vollständige Zusammenbruch der staatlichen Strukturen hatte einerseits Unsicherheit hervorgerufen, andererseits aber auch ein Gefühl von Offenheit und ungeahnten Chancen, beinahe eine Art von Goldgräberstimmung. Es galt, sich in Position zu bringen, seine Interessen geltend zu machen, keine Zeit zu verlieren und das Eisen zu schmieden, so lange es heiß war. Die temporäre Abwesenheit verbindlicher Regeln eröffnete, wie Peter Th. Walther treffend bemerkt, „neue Handlungsspielräume“.²⁰

3. Untergang des Hitlerreiches – akademiehistorischer Übergang

Zunächst aber fiel vor allem der desolate Zustand ins Auge, in dem sich die PAW gegen Ende des Zweiten Weltkrieges befand. Der Krieg hatte ihre Mitglieder über ganz Deutschland verstreut. Nur ein kleiner Teil, vor allem Geisteswissenschaftler, war die Kriegs-

18 Vgl. Werner Scheler/Werner Hartkopf, Gespräch über die Wiedereröffnung der Berliner Akademie nach dem Zweiten Weltkrieg und über den Neubeginn ihrer Tätigkeit, in: *Utopie kreativ* 103/104 (Mai/Juni 1999), S. 122–142.

19 Vgl. Peter Nötzoldt, Wolfgang Steinitz und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Zur politischen Geschichte der Institution (1945–1968), Phil. Diss. Humboldt-Universität zu Berlin (Philosophische Fakultät I) 1998, vor allem S. 15–37.

20 Peter Th. Walther, Zur Zuwahlpolitik an der Akademie der Wissenschaften in Berlin 1945–1949, in: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 15 (1996) 7/8, S. 147–159, hier S. 147.

zeit über in dem durch alliierte Luftangriffe zunehmend in Mitleidenschaft gezogenen Berlin verblieben. Ihr letzter Präsident, der Mathematiker Theodor Vahlen, ein überzeugter Nationalsozialist und Vertreter der antisemitischen „Deutschen Mathematik“,²¹ war im Frühjahr 1943 mit einem Eklat abgetreten. Danach hatte die Akademie keinen Präsidenten mehr, weil das vorgesetzte Reichs- und Preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Reichserziehungsministerium) die anstehende Wahl blockierte. Dieses Ministerium, bis Kriegsende die vorgesetzte Behörde der Akademie, hatte nun aufgehört zu bestehen.

In den letzten beiden Kriegsjahren war die Tätigkeit der Akademie von zwei Männern gelenkt worden, dem Ägyptologen Hermann Grapow und dem Islamwissenschaftler Helmuth Scheel, wobei nach dem Urteil Conrad Graus Scheel ihr „eigentlicher Beherrscher“ war.²² Grapow war 1937 in die NSDAP eingetreten und im Folgejahr sowohl zum Ordinarius an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität berufen als auch zum Akademiemitglied gewählt worden, doch er gehörte nicht zum Kreis derer, die allein aufgrund ihrer politischen Bindung Karriere gemacht hatten. Vielmehr war er ein Ägyptologe von Rang mit jahrzehntelanger Forschungserfahrung.²³ Im Mai 1943 wurde er vom Ministerium als Vizepräsident der Akademie eingesetzt und durch Wahl im Plenum bestätigt. Diese Funktion, in der er den fehlenden Präsidenten zu ersetzen hatte, übte er bis zum Kriegsende aus. Auch später arbeitete Grapow als Ägyptologe an der Akademie weiter und erhielt für seine wissenschaftlichen Leistungen zweimal den

21 Reinhard Siegmund-Schultze, Theodor Vahlen – zum Schuldanteil eines deutschen Mathematikers am faschistischen Mißbrauch der Wissenschaft, in: NTM Schriftenreihe zur Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin 21 (1984), S. 17–41.

22 Conrad Grau, Die Zuwahl neuer Mitglieder. Das Wirken der Ordentlichen Mitglieder im Plenum und in den Klassen, in: Conrad Grau/Wolfgang Schlöcker/Liane Zeil, Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus. Teil III: Die Jahre der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945, Berlin 1979, S. 148–278, hier S. 158.

23 Vgl. Thomas L. Gertzen, Die Berliner Schule der Ägyptologie im „Dritten Reich“. Begegnung mit Hermann Grapow (1885–1967), Berlin 2015.

Nationalpreis der DDR (1953 und 1959). Allerdings wurde in der DDR nicht übersehen, dass er sich an der PAW bereitwillig der nazistischen Gleichschaltungspolitik zur Verfügung gestellt hatte; 1979 schrieb Grau in einer akademiehistorischen Untersuchung: „Seine Leistung als Ägyptologe für die Akademie, in der er seine Arbeiten nach der Zerschlagung des Faschismus fortsetzte, kann kein Anlaß sein, seine verderbliche Rolle als Wissenschaftsorganisator unter der faschistischen Diktatur zu verschweigen, die er selbst in einer unveröffentlichten Aufzeichnung in ein günstigeres Licht zu rücken versuchte“.²⁴ Zweifellos lag Grapow daran, die Arbeit der Akademie nach Kriegsende möglichst bruchlos fortzuführen, und er wurde ganz zu Beginn auch in dieser Richtung aktiv. Doch dürfte er selbst eingesehen haben, dass seine Parteimitgliedschaft eine zu schwere Hypothek für erfolgreiches wissenschaftsorganisatorisches Handeln unter den neuen Verhältnissen wäre, und so zog er sich aus dem Kreis der Akteure zurück, die in der „Stunde Null“ im Vordergrund des Geschehens standen.

Etwas anders verhielt es sich im Fall von Helmuth Scheel, der zwar als Islamwissenschaftler über eine solide und ausgewiesene Kompetenz verfügte, aber kein Akademiemitglied war und formell innerhalb der PAW auch kein im engeren Sinne wissenschaftliches Amt ausübte, sondern ihre Verwaltung zu organisieren und zu führen hatte. Dieses Amt hatte es vorher in der Nomenklatur der PAW nicht gegeben, es wurde 1939 im Rahmen der nazistischen Gleichschaltungspolitik neu geschaffen. Scheel wurde damit betraut und zugleich zum Professor ernannt. Vorher war er 1937 (im gleichen Jahr wie Grapow) der NSDAP beigetreten. Nach Kriegsende bestritt er dies jedoch vehement, „und da damals offenbar ein eindeutiger Beweis seiner Mitgliedschaft nicht erbracht werden konnte, blieb sein Fall monatelang in der Schwebe“.²⁵ An

²⁴ Grau 1979, S. 247.

²⁵ Peter Th. Walther, „Arisierung“, Nazifizierung und Militarisierung. Die Akademie im „Dritten Reich“, in: Wolfram Fischer (Hg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Nötzoldt, *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945*, Berlin 2000, S. 87–118, hier S. 112, Fußn. 100.

seiner Zugehörigkeit zur NSDAP kann indes kein Zweifel bestehen.²⁶

Schwerer als das bloße Faktum der Parteizugehörigkeit dürfte allerdings die Stellungnahme wiegen, die der inzwischen zum Akademiepräsidenten gewählte Altertumswissenschaftler Johannes Stroux innerhalb der damaligen Diskussionen um die Person Scheel zu dessen Gunsten abgab und die von Roland Köhler publik gemacht worden ist: „Professor Scheel ist zwar 1937 der NSDAP beigetreten, ist aber nie aktiv im nationalsozialistischen Sinne tätig gewesen.“ Er habe sich wiederholt dafür eingesetzt, „von der Hitlerregierung bedrohte Gelehrte des Auslandes und Inlandes, darunter auch jüdische, aus der Verhaftung und aus den Konzentrationslagern zu befreien und ihnen in einigen Fällen wenigstens die Möglichkeit zu wissenschaftlicher Arbeit zu sichern“. Die Akademie beabsichtige daher, „von einer Entlassung abzusehen, um ihn der Akademie und der deutschen Wissenschaft zu erhalten“.²⁷ Stroux, seit 1937 Akademiemitglied und in einer inoffiziellen Sitzung der Philosophisch-historischen Klasse auch einmal als möglicher Präsident in der Nachfolge von Vahlen im Gespräch,²⁸ kannte die PAW von innen und war in der Lage, Scheels dortiges Wirken zu beurteilen; seine ausgeprägte Distanz zum Nazismus schließt aus, dass es sich bei seinem Urteil über Scheel um ein bloßes Gefälligkeitsgutachten gehandelt haben könnte.

So dürfte aus Sicht des alten PAW-Establishments Scheel die geeignetste Person gewesen sein, um unmittelbar nach Kriegsende auf die neue Obrigkeit zuzugehen. Wer aber war im Chaos dieser Tage die zuständige Behörde? Berührungsängste gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht gab es offenbar nicht, nach Angaben von Nötzoldt bat Scheel bereits in den ersten Tagen nach Kriegsende den Kommandanten des Bezirkes Berlin-Mitte um Unterstützung bei der Sicherung der Restbestände der Akade-

²⁶ Vgl. ebd.

²⁷ Roland Köhler, Zur Akademie-Konzeption von Johannes Stroux 1945, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996) 7/8, S. 43–58, hier S. 50.

²⁸ Vgl. Wolfram Fischer/Rainer Hohlfeld/Peter Nötzoldt, Die Berliner Akademie in Republik und Diktatur, in: Fischer (Hg.) 2000, S. 517–566, hier S. 562.

mie.²⁹ Für eine systematische Anbindung aber kam allein der von der sowjetischen Stadtkommandantur eingesetzte und von Generaloberst Nikolai E. Bersarin am 19. Mai 1945 in sein Amt eingeführte Berliner Magistrat in Frage.³⁰ An der Spitze dieses Gremiums stand als Oberbürgermeister der parteilose Ingenieur Dr. Arthur Werner.³¹ Der Kriegsverlauf hatte es mit sich gebracht, dass die Schlacht um Berlin allein von der Roten Armee geführt und so zunächst das gesamte Stadtgebiet von Groß-Berlin von sowjetischen Truppen besetzt worden war. Die westlichen Alliierten hatten damit auch keinen Einfluss auf die Nominierung des ersten Nachkriegsmagistrats. Als sich die PAW am 25. Mai 1945 an diesen wandte, da begab sie sich, ohne es zu ahnen, de facto in das sich zunächst unmerklich, später rasant aufbauende Spannungsfeld zwischen Ost und West. Scheel bat darum, „die Betreuung der Akademie von Seiten der Stadtverwaltung zu übernehmen, bis wieder eine ordnungsmäßig zuständige Zentralverwaltung gegründet ist“.³²

4. Akademie in kommunaler Zuständigkeit

Der Magistrat ging auf diese Bitte ein. Unmittelbare Bezugsinstanz für die Akademie war die Verwaltung für Volksbildung, an deren Spitze Stadtrat Otto Winzer (KPD) stand. Winzer war als Mitglied einer von Walter Ulbricht geleiteten Gruppe von KPD-Funktionären („Gruppe Ulbricht“) bereits am 30. April 1945 aus der sowjetischen Emigration kommend in der Nähe von Berlin eingetroffen, als die Schlacht um die Reichshauptstadt noch in vollem Gange

29 Vgl. Peter Nötzoldt, „Es muß ein Organ geschaffen werden, das stark genug ist, um Anspruch zu erheben, im einheitlichen Deutschland eine Rolle auf dem Gebiet der Wissenschaft zu spielen“. Die Einflussnahme der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland auf die Entwicklung der Akademie im Nachkriegsdeutschland, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996) 7/8, S. 99–122, hier S. 100f.

30 Vgl. Gerhard Keiderling, Berlin 1945–1986, Berlin 1987, S. 66.

31 Vgl. Lutz Heuer, Arthur Werner (1877–1967). Berlins Oberbürgermeister der Stunde Null, Berlin 2011.

32 Nötzoldt 1996, S. 101, Fußn. 8.

war.³³ Für Wissenschaftsfragen war Winzer, der über Erfahrungen auf dem Gebiet der Pressearbeit und des Verlagswesens verfügte, selbst nicht kompetent. Er konnte jedoch den Rat des „Fünferausschusses“ in Anspruch nehmen, einer Gruppe von fünf politisch unterschiedlich orientierten, aber durch gemeinsame antifaschistische Gesinnung verbundenen Wissenschaftlern um den namhaften Philosophen und Pädagogen Eduard Spranger,³⁴ die sich schon in den ersten Tagen nach Kriegsende gebildet hatte, um vor allem Fragen des Neuanfangs an den Berliner Hochschulen nach dem Untergang des Naziregimes zu erörtern. Nachdem innerhalb der Bildungsverwaltung eine Abteilung (Amt) für „Wissenschaften einschließlich Hochschulen und Universität“ unter Leitung des aus dem KZ Mauthausen befreiten Mathematikers Josef Naas gebildet worden war,³⁵ erhielt die Gruppe um Spranger als „Leitender Ausschuß des Amtes für Wissenschaft beim Magistrat der Stadt Berlin (Abteilung Volksbildung)“ einen offiziellen Status.³⁶

Neben Spranger gehörten dem Ausschuss zunächst der Internist Theodor Brugsch, der Statistiker Rudolf Meerwardt, der Schiffbautechniker Georg Schnadel und der technische Chemiker Hans Heinrich Franck an. Allerdings scheint dieser Ausschuss nicht völlig spontan zusammengekommen zu sein. So schreibt Brugsch in seiner Autobiographie, er habe sich nach Anfrage von Stadtrat Winzer dem Ausschuss angeschlossen, und er nennt als ein weiteres Mitglied den Mediziner Erwin Gohrbandt.³⁷ Jedenfalls

33 Vgl. Gerhard Keiderling (Hg.), „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993.

34 Vgl. Hans Walter Bähr/Hans Wenke, Eduard Spranger. Sein Werk und sein Leben, Heidelberg 1964.

35 Vgl. Hannelore Bernhardt, In memoriam Josef Naas (1906–1993), in: Hannelore Bernhardt, Eingefangene Vergangenheit. Streiflichter aus der Berliner Wissenschaftsgeschichte – Akademie und Universität (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften 38), Berlin 2014, S. 91–104.

36 Vgl. Michael Thöndl, Der leitende Ausschuß für Wissenschaft. Die Universitäts- und Hochschulpolitik des Berliner Magistrats im Jahre 1945, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1999, S. 109–143.

37 Vgl. Theodor Brugsch, Arzt seit fünf Jahrzehnten. Autobiographie, Berlin 1986, S. 288.

aber steht der Ausschuss in der genannten Zusammensetzung symbolisch für die Ausgangskonstellation des Kalten Krieges auf dem Feld der Wissenschaft in Berlin. Nur ein so starkes Motiv wie die Abrechnung mit dem Naziregime war imstande, Persönlichkeiten mit derart weit divergierenden Positionen freiwillig zusammenzuführen. Der konservative Demokrat Spranger trat für die Aufrechterhaltung des tradierten deutschen Universitätsprofils ein und mochte sich nicht mit den hochschulpolitischen Reformen abfinden, auf die die sowjetische Militärverwaltung hinarbeitete. Brugsch hingegen konnte sich damit in den Grundzügen identifizieren, auch wenn er parteilos war und blieb. Francks politische Heimat war die Linke; er hatte seit 1917 der SPD angehört und trat 1948 in die SED ein, worauf er im Folgejahr von seinem Ordinariat an der Technischen Universität Berlin-Charlottenburg entbunden wurde und an die Humboldt-Universität nach Ostberlin wechselte. Wäre der Antifaschismus als einigendes Band stark genug gewesen, die Anti-Hitler-Koalition längere Zeit nach Kriegsende geistig und politisch zusammenzuhalten, dann hätte im Nachkriegsberlin ein pluraler Kreis wie der Fünferausschuss ein fruchtbarer Ideengenerator sein können. Tatsächlich aber zerfiel er nach verheißungsvollem Auftakt binnen weniger Monate. Bereits am 18. August 1945 legte Spranger sein Amt als Vorsitzender nieder.³⁸

Ob dieser Ausschuss direkt in die Geschicke der Akademie eingegriffen hat, ist ungewiss. Naas, der seit November 1946 in der Nachfolge von Scheel das Amt des Direktors der Akademie ausübte, erklärte in seinem Bericht über die Arbeit der DAW von 1946 bis 1949, aus dem Ausschuss heraus sei im Juni 1945 in einem Antrag an die sowjetische Besatzungsmacht „die Akademie als Trägerin für den Aufbau und die Unterhaltung eines Netzes von verschiedenartigen Forschungseinrichtungen in Vorschlag“ ge-

38 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 24.

bracht worden;³⁹ Belege für einen solchen Antrag nennt der Bericht jedoch nicht und bisher sind dafür keine Quellen bekannt. Spranger war zwar seit 1925 Ordentliches Mitglied der PAW und sogar das einzige Akademiemitglied im Ausschuss, insofern hätte er wohl einen derartigen Antrag initiieren können, aber eine solche Initiative hätte schwerlich seinen Ansichten entsprochen. Der Fünferausschuss hatte auch die Lage der außeruniversitären Forschungsinstitute in Berlin erwogen und dabei den Vorschlag entwickelt, ein provisorisches Präsidium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) unter Einschluss von Spranger zu installieren und diesem die Verantwortung für die Gesamtheit der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Berlin zu übertragen.⁴⁰ Wäre diese Idee realisiert worden, dann hätte die Akademie keine Chance gehabt, sich als rettender Hafen für jene Forschungsinstitute in Stellung zu bringen, die aus ihren bisherigen Bindungen herausfielen. Auf der Ausschusssitzung am 26. Juni 1945, auf deren Tagesordnung der Vorschlag stand, ließ Winzer über seinen Mitarbeiter Naas jedoch mitteilen, dass er sich „alle Beschlüsse vorbehielt, die die Forschungsinstitute, wissenschaftlichen Vereinigungen und desgl. betreffen“.⁴¹ Damit war dem Ausschuss in dieser Frage der Wind aus den Segeln genommen.

Der Magistrat nutzte, jedenfalls soweit es die PAW betraf, nicht nur die Beratungskompetenz der Professoren, sondern auch das Insiderwissen des früheren Reichserziehungsministeriums. Wie Andreas Malycha herausfand, unterhielt er ab Anfang Juni 1945 kurzzeitig eine Dienststelle, die sich hauptsächlich mit Bestandsaufnahmen und Rückführungsaufgaben beschäftigte. Diese stand unter der Leitung von Ministerialrat Otto von Rottenburg, der in diesem Ministerium das Amt Wissenschaft geleitet hatte, und trug die gleiche Bezeichnung. Am 9. Juli wurde das Amt jedoch wieder aufgelöst; an seine Stelle trat eine „Abwicklungsstelle des ehema-

39 Josef Naas, Bericht über die Arbeit der Akademie seit 1. August 1946, in: Jahrbuch der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946–1949, Berlin 1950, S. 45–120, hier S. 49.

40 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 22f.

41 Zit. in: ebd., S. 23.

ligen Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.“⁴² Auf Veranlassung des Magistrats übersandte Grapow als noch amtierender Präsident am 4. Juni 1945 – im unmittelbaren Vorfeld der für den 6. Juni anberaumten ersten Nachkriegssitzung der Akademie – einen von ihm zusammen mit Scheel verfassten kurzen Bericht zur Situation der PAW an Rottenburg.⁴³ Diesen Bericht verlas Grapow auf der Sitzung, die im Gemeindehaus in Berlin-Zehlendorf stattfand und nur von zwölf Mitgliedern besucht wurde. Anscheinend beabsichtigte er, noch weiter zu amtieren, denn es hieß darin: „Ich werde in einer demnächst einzuberufenden Sitzung des Plenums die alte Satzung von 1881 wieder in Kraft setzen“.⁴⁴ Ferner schlug er vor, im Präsidium der Akademie mindestens drei Stellen durch Zuwahl neu zu besetzen, nämlich mit dem Altphilologen Johannes Stroux, dem Botaniker Ludwig Diels und dem Mediziner Ferdinand Sauerbruch.

5. Beginn der Ära Stroux

Sehr aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Auszug aus dem Protokoll dieser Sitzung, den Köhler veröffentlicht hat. Nach Erwähnung des Berichtes von Grapow wird dort vermerkt, dass Stroux die Wiedereinführung der alten Satzung ablehnte. Weiter heißt es: „Hr. Grapow verläßt die Sitzung, nachdem er Hrn. Stroux die Leitung übergeben hat. Hr. Stroux übernimmt den Vorsitz“.⁴⁵ Das kann unterschiedlich interpretiert werden. Es ist jedenfalls nicht auszuschließen, dass Grapow sich wegen des Dissenses in der Satzungsfrage entfernt haben könnte, doch im Protokoll ist keine Rede davon, dass er mit der Leitung der Sitzung zugleich auch das Amt des Vizepräsidenten niedergelegt hätte. Dann aber wurde laut Protokoll die Frage der (vakanten) Präsidentschaft aufgeworfen. Der Verfassungshistoriker Fritz Hartung brachte

42 Vgl. Andreas Malycha, *Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961*, Leipzig 2003, S. 28.

43 Vgl. Walther 2000, S. 87.

44 Zit. in: ebd., S. 88.

45 Zit. in: Köhler 1996, S. 43.

dafür Spranger in Vorschlag, dieser lehnte wegen Ämterhäufung ab und Stroux kam in die Diskussion. Schließlich steht im Protokoll: „Hr. Hartung erinnert dann an die Sitzung im Hause des verstorbenen ehemaligen Sekretars Hrn. Lüders, in der bereits als Kandidat für die Stelle des Präsidenten Hr. Stroux genannt worden war. Hr. Diels spricht im Namen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Klasse seine Zustimmung aus. Es bleibt dabei, daß Hr. Stroux die Leitung übernimmt“.⁴⁶

Damit war das in der Berliner Akademiegeschichte folgenreiche Kapitel Stroux eröffnet. Das zitierte Protokoll ist ein erstaunliches Dokument. Wenn es den wesentlichen Inhalt der Sitzung zutreffend wiedergibt, dann war vorher nirgendwo geplant, Stroux zum Präsidenten zu machen, und das Sitzungsgeschehen zeitigte eine Art spontaner Mutation: vom Leiter der Sitzung zum Leiter der ganzen Akademie! Aber so verlaufen Evolutionsprozesse, die sich in keine Vorausplanung fügen. Immerhin hatten Grapow und Scheel insofern den Boden bereitet, als sie in ihrem Bericht die Wahl von Stroux in das Präsidium empfahlen. Weder Stroux noch den anderen Persönlichkeiten der ersten Stunde konnte freilich entgehen, dass eine kommunale Anbindung für eine Akademie nur eine ganz schwache Überlebensgarantie war, doch sie war der Strohalm, nach dem sie in dieser Situation der Ungewissheit greifen musste. Wie Nötzoldt mitteilt, findet sich auf dem oben erwähnten Schreiben vom 25. Mai 1945, in dem die PAW ihre vorläufige Betreuung durch den Magistrat erbat, der Vermerk der Abteilung Volksbildung: „nach Äußerung der Besatzung“.⁴⁷ Das Vernünftigste, das die Akademie in einer solchen Lage tun konnte, war, ein möglichst normales, regelmäßiges wissenschaftliches Leben zu gewährleisten, Präsenz zu zeigen, solcherart Fakten zu schaffen und auf die Macht des Faktischen zu vertrauen. So verfuhr die Berliner Akademie, nach dem Auftakt vom 6. Juni kam man wöchentlich zusammen. Nach Angaben von

⁴⁶ Zit. in: ebd., S. 44.

⁴⁷ Nötzoldt 1996, S. 101, Fußn. 8.

Nötzoldt führte sie von der Kapitulation bis zum Ende des Jahres 1945 insgesamt 19 Plenarsitzungen durch.⁴⁸

Ähnlich verhielten sich die Akademien in den westlichen Besatzungszonen, wie Conrad Grau in einer vergleichenden Betrachtung der Akademien in Berlin, München, Heidelberg und Göttingen gezeigt hat. Sein Fazit lautete, „daß durchweg Wissenschaftler, die den Akademien bereits unterschiedlich lange – mindestens seit den dreißiger Jahren – als Ordentliche Mitglieder angehörten, gemeinsam mit weiter amtierenden Verwaltungsbeamten das Wirken der Akademien unmittelbar nach der Besetzung durch die Truppen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges wieder in Gang setzten. *Das geschah überall zunächst ohne amtliche Genehmigung.* [...] Überall wurde die interne Arbeit der Akademien vor der offiziellen Bestätigung faktisch von den Behörden toleriert. Angesichts des Zusammenbruchs aller staatlich-gesellschaftlichen Strukturen kann man dieses Phänomen, dieses persönliche Engagement der Wissenschaftler, nicht genug betonen“.⁴⁹

Die Übernahme der Geschäfte des Präsidenten durch Stroux in der Sitzung am 6. Juni 1945 hat man wohl als eine Einsetzung per Akklamation aufzufassen, der noch eine reguläre Wahl folgen musste. Am 7. Juni zog sich Grapow förmlich aus dem Kreis der Akteure zurück, indem er seine Ämter als Vizepräsident und als Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse zur Verfügung stellte.⁵⁰ Die erste dokumentierte Aktion von Stroux als Präsident war seine Teilnahme an einer Besprechung über die Fortführung der Akademie, die am 8. Juni in der Abteilung Volksbildung des Magistrats im Neuen Stadthaus in der Parochialstraße stattfand und von dem Pädagogen Karl Sothmann, Leiter des Schulamtes in der Volksbildungsabteilung, als Vertreter des Oberbürgermeisters

48 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 16.

49 Conrad Grau, Die Berliner und andere deutsche Akademien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996) 7/8, S. 5–19, hier S. 13f. [Hervorhebung vom Verfasser dieses Beitrages].

50 Vgl. Köhler 1996, S. 46.

geleitet wurde. Das Protokoll weist Stroux als mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten beauftragt aus.⁵¹

Seitens der Akademie nahm an der Beratung am 8. Juni außer Stroux und Scheel auch der Orientalist Alfred Siggel teil, der an der Akademie an der Katalogisierung der arabischen alchemistischen Handschriften arbeitete. Neben den Vertretern des Magistrats war erneut von Rottenburg beteiligt. Die hier skizzierte Rolle von Persönlichkeiten wie Grapow, Scheel und von Rottenburg deutet darauf hin, dass der akademiehistorische Bruch 1945/46 nicht so abrupt und das Moment der institutionellen Kontinuität nicht so schwach war, wie es lange schien. Man könnte auch sagen, dass die Akademie zu einer prinzipiellen Neuorientierung nicht zuletzt deshalb die Kraft fand, weil sie ihre Traditionsbindung weder ideell noch personell ignorierte.

Am 19. Juni fand im Neuen Stadthaus eine weitere Besprechung zwischen Akademie und Magistrat statt, die mit jener vom 8. Juni im Zusammenhang zu sehen ist.⁵² Stroux und Scheel verhandelten diesmal mit zwei Vertretern der Abteilung Volksbildung, die aktiv am Widerstand gegen das Naziregime teilgenommen hatten: dem Reformpädagogen Fritz Wüssing und dem Mathematiker Josef Naas, der Mitte Juni als Mitarbeiter Winzers für Wissenschaftsfragen in die Volksbildungsabteilung eingetreten war. Naas sollte für die weiteren Geschicke der Akademie noch eine wesentliche Rolle spielen. Die beiden Besprechungen waren vor allem deshalb wichtig, weil der Magistrat hier definitiv seine Zuständigkeit für die Akademie aussprach. Nach der Protokollaufzeichnung erbat Stroux am 8. Juni „eine Erklärung der Behörde, daß die Akademie ihre Arbeiten wiederaufnehmen und fortsetzen kann und eine grundsätzliche Zusicherung, daß ihr ihre Existenz und ihre finanziellen Grundlagen auch für die Zukunft erhalten

51 Vgl. Besprechung zwischen Vertretern der Akademie und des Magistrats der Stadt Berlin am 8. Juni 1945 (Aufzeichnung), in: Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 123, S. 455.

52 Vgl. Besprechung zwischen Vertretern der Akademie und des Magistrats der Stadt Berlin am 19. Juni 1945 (Aufzeichnung), in: ebd., Dokument Nr. 124, S. 456.

werden.“ Darauf erklärte Sothmann, die Akademie dürfe versichert sein, „daß die Stadt und die mit der Leitung des Bildungswesens Beauftragten ein sehr wesentliches Interesse an der Akademie nehmen und auch sie von der Voraussetzung ausgehen, daß sie weiterbestehen und ihre Arbeit weiterführen solle. Das schließe ein, daß die Stadt auch die Bereitstellung von Mitteln in Aussicht nehme“. Hier konnte Sothmann einstweilen keine bindenden Zusagen machen und erbat lediglich einen Haushaltsvoranschlag für die Zeit bis zum 31. März 1946.⁵³

Stroux lag daran, schnellstmöglich die Frage der Satzung zu klären, auf deren Grundlage die Akademie künftig arbeiten sollte. Die bisher gültige Satzung war am 8. Juni 1939 – also in der Zeit der Nazi Herrschaft – in Kraft gesetzt worden und konnte nicht beibehalten werden.⁵⁴ Bei der Besprechung am 8. Juni empfahl von Rottenburg, auf die Statuten von 1881 zurückzugreifen,⁵⁵ doch Stroux lehnte diese Anregung ab und erklärte, die Akademie denke daran, einen provisorischen Vorschlag für eine neue Satzung abzufassen.⁵⁶ Den ersten Entwurf schrieb Stroux selbst, und das sehr schnell; schon auf der Plenarsitzung am 14. Juni legte er ihn vor und dort wurde er auch Paragraph für Paragraph diskutiert.⁵⁷ So konnte schon in der Besprechung am 19. Juni den Magistratsvertretern eine provisorische Satzung zur Kenntnis gegeben werden. Wüssing wies darauf hin, dass für die Zustimmung zum Entwurf Stadtrat Winzer, vermutlich sogar der Magistrat insgesamt zuständig sei: „Jedoch solle die Akademie in der nächsten Sitzung ruhig die endgültige Beratung vornehmen und die Satzung beschließen, vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats, und solle auch das Präsidium wählen“.⁵⁸ Auf der folgenden Plenarsitzung am 21. Juni wurde die Satzung – ein konventionell

53 Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 123, S. 455.

54 Vgl. Satzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin (genehmigt durch Erlass vom 8. Juni 1939), in: ebd., Dokument Nr. 9, S. 144–150.

55 Vgl. Statut der Königlich Preußischen Akademie zu Berlin vom 28. März 1881, in: ebd., Dokument Nr. 8, S. 127–144.

56 Vgl. ebd., Dokument Nr. 123, S. 455.

57 Vgl. Köhler 1996, S. 46f.

58 Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 124, S. 456.

gehaltenes Dokument, das Struktur und Funktion der Akademie als Gelehrtenengesellschaft regelte und in dem von etwaigen Forschungsinstituten keine Rede war⁵⁹ – einstimmig angenommen, doch auch danach wurde noch am Text gearbeitet. Roland Köhler gibt einen instruktiven Einblick in diesen Prozess; daraus geht hervor, dass Stroux weiter mit von Rottenburg diskutierte und dieser beachtenswerte Hinweise gab.⁶⁰

Schließlich wurde auch noch die Legitimationsbasis für die Leitung der Akademie komplettiert. Der wichtigste Tagesordnungspunkt des Plenums am 21. Juni war die förmliche Wahl des Präsidiums, das aus dem Präsidenten und den Sekretaren der beiden Klassen bestand. Die Sitzung fand im Harnack-Haus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin-Dahlem statt, das schon im folgenden Monat vom US-Militär übernommen und für lange Zeit als Offizierscasino genutzt wurde.⁶¹ Auch hier war mit 15 Teilnehmern nur ein geringer Teil der Mitglieder versammelt, weshalb Spranger in das Protokoll den Vorbehalt aufnehmen ließ, „daß das Präsidium sich neu zur Wahl stellen solle, wenn normalere Verhältnisse eingetreten und die zurzeit nicht in Berlin anwesenden Mitglieder zurückgekehrt sein werden“. Mit diesem protokollierten Vorbehalt wurden in geheimer Zettelwahl, jeweils mit großer Mehrheit, der Altphilologe Johannes Stroux zum Präsidenten, der Historiker Fritz Hartung zum Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse und der Botaniker Ludwig Diels zum Sekretar der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse gewählt.⁶² Von der Funktion eines Vizepräsidenten war nicht mehr die Rede (Anfang 1946 wurde das Amt auf Antrag des Geologen Hans Stille jedoch wieder eingeführt). Komplettiert wurde dieses Ergebnis noch durch eine Entscheidung des Plenums vom 12. Juli 1945, die

59 Vgl. Satzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 21. Juni 1945, in: Malycha 2003, Dokument Nr. 1, S. 98–100.

60 Vgl. Köhler 1996, S. 48f.

61 Vgl. Eckart Henning, Das Harnack-Haus in Berlin-Dahlem (1929–1995), in: Horst Kant (Hg.), Fixpunkte. Wissenschaft in der Stadt und in der Region, Berlin 1996, S. 209–234.

62 Vgl. Protokoll der Sitzung der Gesamt-Akademie vom 21. Juni 1945 (Auszug), in: Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 125, S. 456f.

Scheel einstimmig als Direktor bestätigte.⁶³ Wohl im Sinne des von Spranger artikulierten Vorbehaltes unterzeichnete Stroux, obwohl vom Plenum regulär gewählt, aber noch im Dezember 1945 einen an den sowjetischen Akademiebevollmächtigten Generalmajor V. S. Kulebakin gerichteten Brief mit der Amtsbezeichnung „K. Präsident der Akademie der Wissenschaften zu Berlin“;⁶⁴ das Kürzel „K.“ muss man offenbar als Abkürzung für „Kommissarischer“ lesen.

Die drei am 21. Juni in das Präsidium gewählten Persönlichkeiten spielten für die weiteren Geschicke der Akademie eine sehr unterschiedliche, aber in jedem Fall relevante Rolle. Diels, Direktor des Botanischen Gartens in Berlin, konnte bei der operativen Gestaltung des akademischen Lebens kaum noch wirksam werden, denn er starb bereits am 30. November 1945. Im Sommer dieses Jahres aber übermittelte er der Akademie ein historisches Dokument, das im Ringen um ihre Neuorientierung außerordentliche Bedeutung gewinnen sollte. Hartung, der bis 1952 Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse blieb, symbolisierte wie kein anderer sowohl die geschichtliche Kontinuität dieser Akademie als auch ihre ursprünglich gesamtdeutsche Intention mit ihren bald aufbrechenden inneren Widersprüchen.⁶⁵ Nach Hans-Christof Kraus war Hartung „wohl der einzige Historiker von einiger Bedeutung [...], der in allen fünf politischen Regimen, die es seit dem Kaiserreich in Deutschland gegeben hat, aktiv gewesen ist [...]“.⁶⁶ In Ostberlin wirkte er als Klassensekretar an der DAW

63 Vgl. Joachim Rex, *Die Berliner Akademiebibliothek. Die Entwicklung der Bibliothek der Akademie in drei Jahrzehnten*, Berlin 2002, S. 136.

64 Johannes Stroux, Schreiben an V. S. Kulebakin, 21.12.1945, handschriftlicher Entwurf [Wiedergabe im Faksimile und in Druckschrift], in: Heinz Stiller (Hg.), *Altertumsforscher – Wissenschaftsorganisator – Humanist. Zum 100. Geburtstag von Johannes Stroux* (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR 1987/5/G), Berlin 1987, S. 33–37, hier S. 37.

65 Vgl. Werner Schochow, *Ein Historiker in der Zeit. Versuch über Fritz Hartung (1883–1967)*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 32 (1983), S. 219–250.

66 Hans-Christof Kraus, Fritz Hartung, in: Hans-Christof Kraus (Hg.), *Geisteswissenschaftler II (= Berlinische Lebensbilder 10)*, Berlin 2012, S. 307–327, hier S. 307.

und bis 1948 auch an der Universität, in der jungen Bundesrepublik war er in verschiedenen führenden wissenschaftspolitischen Gremien tätig: „Auf diese Weise erlangte er während der 1950er Jahre als Berliner ‚Grenzgänger zwischen Ost und West‘ eine wenigstens zeitweilig einzigartige Bedeutung für den Neuaufbau der historischen Wissenschaften diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs“.⁶⁷ Zunehmend unzufrieden mit der politischen Entwicklung der Universität Unter den Linden, der früheren Friedrich-Wilhelms- und späteren Humboldt-Universität, ließ er sich dort Ende 1948 vorzeitig emeritieren, doch er lehnte auch einen Ruf an die im Westen Berlins gerade gegründete Freie Universität ab.

Am stärksten geprägt wurde die Akademie in jener Phase durch ihren neuen Präsidenten Stroux, der sich in seinem Amt als weitblickender Stratege, fähiger Wissenschaftsorganisator und meist – nicht immer – auch als geschickter Diplomat erwies.⁶⁸ In der frühen Nachkriegszeit hatte er in der Ostberliner Wissenschaftslandschaft eine exponierte Stellung inne, denn er wurde, nachdem ihn bereits die Akademie zu ihrem Präsidenten gewählt hatte, am 13. Oktober 1945 auch noch zum kommissarischen Rektor der Universität bestellt, deren feierliche Eröffnung er, nunmehr offiziell ernannt, am 29. Januar 1946 vornahm.⁶⁹ Ähnlich wie Hartung war Stroux ein feingeistiger Gelehrter alter Schule, weit davon entfernt, Marxist zu sein, aber anders als dieser war er offen für die Chance, im Osten Deutschlands eine gesellschaftliche Alternative zu realisieren; von der Gründung der DDR 1949 bis zu seinem Tod 1954 gehörte er in der Fraktion des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands ihrer Volkskammer an. Rüdiger vom Bruch nennt Stroux einen „in der Mandarinenwelt

⁶⁷ Ebd., S. 309.

⁶⁸ Vgl. Stiller (Hg.) 1987; Johannes Irmscher, Johannes Stroux, der erste Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 15 (1996) 7/8, S. 37–41.

⁶⁹ Vgl. Sören Flachowsky, Neuaufbau und Wiederbeginn. Der Wissenschaftsorganisator Johannes Stroux an der Berliner Universität 1945–1947, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 7 (2004), S. 191–214.

und im Wertehaushalt eines Spranger aufgewachsenen“ Wissenschaftler, „der den Anschluß von Akademie und Universität an sozialistische Zielstellungen vorantrieb [...]“.⁷⁰ Als kommissarischer Rektor trat er zwar an die Stelle von Spranger und unterschied sich von diesem in seiner Haltung zur Nachkriegsentwicklung in Ostdeutschland grundlegend, doch er verleugnete auch nicht den beiden gemeinsamen „Wertehaushalt“, auf den vom Bruch anspielt; beide hatten in der NS-Zeit in der regimiekritisch gestimmten „Mittwochs-Gesellschaft für wissenschaftliche Unterhaltung“ mitgewirkt.⁷¹

Für die Akademie war Stroux ein Glücksfall. Seine wissenschaftspolitische Autorität, die er gegenüber der Besatzungsmacht wie gegenüber den ostdeutschen Politikern geltend machen konnte, resultierte wesentlich aus seinem international unbestrittenen Rang als Altertumsforscher. In dem knappen Lebensjahrzehnt, das ihm nach der Übernahme des Präsidentenamtes noch verblieb, leistete er neben seinem Wirken an der Spitze der Akademie (1945 bis 1951 Präsident, 1951 bis zu seinem Tod 1954 Vizepräsident) ein gewaltiges Pensum an rein fachlicher Forschung, Lehre und Forschungslenkung. Schon in ihrem 1937 vorgelegten Vorschlag für seine Wahl zum Mitglied der PAW hatten ihm Eduard Norden, Gerhard Rodenwaldt, Eduard Schwyzer und Ulrich Wilcken außerordentliches Arbeitsvermögen bescheinigt: „Stroux arbeitet langsam, bedächtig, gewissenhaft; in der Überprüfung seiner Ansichten kann er sich nicht genug tun. Er veröffentlicht nur Ausgereiftes: So repräsentiert er einen Gelehrtentypus der besten Art“.⁷² Sein Amtsnachfolger Walter Friedrich, einer der Pioniere der medizinischen Biophysik, sagte 1954 in seiner Gedenkrede für Stroux: „Kaum ein Geeigneterer konnte gefunden

70 Rüdiger vom Bruch, Zwischen Traditionsbezug und Erneuerung. Wissenschaftspolitische Denkmodelle und Weichenstellungen unter alliierter Besatzung 1945–1949, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 3–23, hier S. 8.

71 Vgl. Köhler 1996, S. 44f.; Klaus Scholder, Die Mittwochsgesellschaft. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932–1944, Berlin ²1982.

72 Zit. in: Werner Scheler, Johannes Stroux – der Wissenschaft und dem Humanismus verpflichtet, in: Stiller (Hg.) 1987, S. 5–10, hier S. 5.

werden, als es 1945 darum ging, den Brandschutt, und was noch schwieriger war, den ideologischen Schutt hinwegzuräumen [...]. Wo andere mutlos beiseite standen, da siegte seine eiserne Energie“.⁷³ 1946 übernahm er eine Professur mit Lehrstuhl für klassische Philologie und die Direktion des Instituts für Altertumskunde an der Berliner Universität, 1947 auch die Leitung des neu geschaffenen Instituts für hellenistisch-römische Philosophie der DAW. An der Akademie führte er den Vorsitz der Kommission für Griechisch-Römische Altertumskunde, der Kommission für Spätantike Religionsgeschichte und der Leibniz-Kommission, jeweils seit 1946; im Rahmen dieser Kommissionen leitete er mehrere Unternehmen. Innerhalb der Union Académique Internationale arbeitete er als Vertreter der DAW für den Thesaurus Linguae Latinae und für das Mittellateinische Wörterbuch. Alle diese Ämter übte er bis zu seinem Tod im Jahr 1954 aus.⁷⁴ Dabei ist bemerkenswert, dass Stroux als Präsident die Entwicklung zur „Forschungsakademie“ mit Instituten auf den Weg brachte, als Forscher aber die traditionelle Arbeitsform mit Kommissionen und von diesen geleiteten Unternehmen bevorzugte. Einer Persönlichkeit dieses Formats konnte offenkundig kein Politiker etwas aufnötigen; mit ihr konnte nicht anders als auf Augenhöhe verhandelt werden.

Nachdem das reguläre wissenschaftliche Leben der Akademie wieder begonnen hatte, ihre Arbeitsfähigkeit mit der Besetzung der wichtigsten Leitungsfunktionen gesichert und eine vorläufige administrative Anbindung erreicht war, blieb noch ein wesentlicher Schritt übrig, den die Akademie für ihren Neubeginn von sich aus tun konnte und musste: die symbolische Distanzierung von der untergegangenen Nazi Herrschaft. In Berlin lief die Kampagne zur „Entnazifizierung“ in großem Ausmaß gegen Ende des Jahres 1945 an und die dafür grundlegende Direktive Nr. 24, der zahlreiche Durchführungsbestimmungen folgten, wurde vom Alliierten

73 Zit. in: ebd., S. 7.

74 Vgl. Biogramm Johannes Stroux (zusammengestellt von Wolfgang Knobloch), in: Stiller (Hg.) 1987, S. 28–32.

Kontrollrat erst Anfang Januar 1946 erlassen.⁷⁵ Aber schon zur Jahresmitte 1945 gab es Vorläufer. Der Berliner Magistrat forderte in einem Erlass vom 1. Juli die Entlassung von Mitarbeitern, die der NSDAP angehört hatten. Die ganze Kampagne litt unter ihrem formal-bürokratischen Ansatz. Der Grad der „Belastung“ von Personen, dessen Feststellung gegebenenfalls disziplinarische Konsequenzen folgten, wurde an Daten wie der Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren Gliederungen, der Ausübung von Ämtern usw. gemessen.⁷⁶ Ein rasches Revirement trat an die Stelle einer gründlichen Auseinandersetzung mit der Verwicklung konkreter Personen und Institutionen in die Verbrechen des Naziregimes.

Nach Ansicht von Köhler wollte Stroux „keine Entlassungen von Akademieangehörigen, die durch ihre Zugehörigkeit zu NS-Organisationen belastet waren, soweit sie nicht für Verbrechen persönlich zur Verantwortung zu ziehen waren“.⁷⁷ Nichtsdestoweniger erschien es der Akademie opportun, die Anweisung des Magistrats auf ihre gewählten Mitglieder zu beziehen und einige von ihnen auszuschließen. Dieser Ausschluss geschah anscheinend durchweg in Abwesenheit der Betroffenen; einer von ihnen – der Historiker Friedrich Stieve – war auch bereits verstorben. Diese „weitgehend autonome Selbstentnazifizierung“, wie Nötzoldt diesen Vorgang bezeichnet, begann im Juli 1945 mit der Streichung von acht Mitgliedern, später wurden noch sieben weitere gestrichen.⁷⁸ Es ist nicht bekannt, ob dabei irgendwelche auf persönliche Schuld nachweise zielenden Diskussionen geführt wurden. Peter Th. Walther bemerkt dazu: „Die Kriterien für die Streichung von der Mitgliederliste sind nicht überliefert und wirken heutzutage

75 Vgl. Kontrollratsdirektive Nr. 24: Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen vom 12. Januar 1946, verfassungen.de/de/de45-49/kr-direktive24.htm [Zugriff 15.05.2016].

76 Vgl. Clemens Vollnhals (Hg.), Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.

77 Köhler 1996, S. 49.

78 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 19, bes. Fußn. 25; detaillierte Angaben über den gesamten Vorgang bei Walther 1996, S. 148–150.

tage irritierend inkonsequent“.⁷⁹ Jedenfalls aber hatte die Akademie damit demonstriert, dass sie auf der Höhe der Zeit war, und sich für ihre Weiterführung empfohlen.

6. Institute an der Akademie? Der Harnack-Brief und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

Alle bisher geschilderten Schritte implizierten noch keinen Hinweis auf die eingangs genannte akademiehistorische Weichenstellung. Sie hätten in dieser oder jener Form auch gegangen werden müssen, um der Akademie die bloße Anknüpfung an ihren Status quo vor 1933 zu ermöglichen; dann hätte sie, befreit von den belastenden Einflüssen der nationalsozialistischen Periode, im Prinzip nach dem gleichen institutionellen Muster weiterarbeiten können, das sie vor der Machtübernahme durch die NSDAP verfolgt hatte. So taten es auf dem Gebiet Ostdeutschlands die in Halle (Saale) ansässige Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina⁸⁰ und die Sächsische Akademie der Wissenschaften (SAW).⁸¹ Aber die allgemeine Aufbruchsstimmung nach Kriegsende ließ auch an andere Varianten denken und in der Berliner Akademie wurde der Gedanke an eine uneingelöste Hypothek ihrer Geschichte wieder virulent. Wie Nötzoldt ermittelte, wurde am 27. Juni 1945 in einem von Stroux erbetenen Gespräch in der Abteilung Volksbildung des Magistrats – einen Tag nachdem Winzer das DFG-Konzept des Leitenden Ausschusses blockiert hatte – erstmalig eine mögliche Angliederung von Forschungsinstituten an die Akademie erörtert. Das Anliegen dieses Gespräches war die künftige Gestaltung der Forschungslandschaft in Berlin und dar-

79 Peter Th. Walther, Zur Zuwahlpraxis neuer Akademiemitglieder, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 117–131, hier S. 118.

80 Vgl. Sybille Gerstengarbe/Jens Thiel/Rüdiger vom Bruch unter Mitarbeit von Simon Renkert und Sophia Nenninger, Die Leopoldina. Die Deutsche Akademie der Naturforscher zwischen Kaiserreich und früher DDR, Berlin 2016.

81 Vgl. Saskia Paul, Wiedergutmachung und Entnazifizierung an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig von 1945 bis zur Wiedereröffnung am 1. Juli 1948, in: Denkströme, H. 12, Leipzig 2014, S. 144–158.

über hinaus.⁸² Es entspricht dem traditionellen Selbstverständnis von Akademien, zu diesem Fragenkomplex von Zeit zu Zeit Stellung zu nehmen. Gewöhnlich tun sie es in Meinungsäußerungen, Gutachten, Denkschriften usw., während die eigentlichen Forschungskapazitäten in anderen institutionellen Arrangements angesiedelt sind. Die PAW hatte aber darüber hinaus wiederholt in ihrer Geschichte den Anspruch erhoben, selbst Forschungseinrichtungen zu unterhalten – ein Anspruch, der letztlich auf Leibniz' Konzept der Akademie zurückgeht. Naas sprach von „Absichten für eine viel breiter angelegte Arbeit“, die „seit ihrem Bestehen gewissermaßen als Erbanlagen vorhanden“ seien.⁸³ Dieser Anspruch wurde der Akademie indes im 19. und im 20. Jahrhundert streitig gemacht.⁸⁴ Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wurde er besonders dringlich vorgetragen und die Chancen, ihn zu verwirklichen, waren nicht gering, doch im Wettlauf der verschiedenen institutionellen Möglichkeiten zur Errichtung eines Ensembles von Instituten der außeruniversitären Grundlagenforschung setzte sich buchstäblich auf den letzten Metern die Variante durch, unter Einbeziehung privaten Kapitals eine neuartige Plattform zu schaffen – die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (KWG) –, während die PAW das Nachsehen hatte.⁸⁵

Dieser Gang der Dinge hatte damals bei der PAW Enttäuschung hervorgerufen. Sie ging so tief, dass sich Adolf von Harnack, der Präsident der neuen Gesellschaft und in wesentlichen Zügen auch ihr konzeptioneller Architekt, im Herbst 1912 veranlasst sah, an

82 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 19.

83 Naas 1950, S. 49.

84 Vgl. Hubert Laitko, Die Idee der Forschungsakademie – ein historisch gewachsenes Projekt, in: Girnus/Meier (Hg.) 2014, S. 437–452.

85 Vgl. Bernhard vom Brocke, Verschenkte Optionen. Die Herausforderung der Preußischen Akademie durch neue Organisationsformen der Forschung um 1900, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther, Die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich, Berlin 1999, S. 119–147; Hubert Laitko, Die Preussische Akademie der Wissenschaften und die neuen Arbeitsteilungen. Ihr Verhältnis zum „Kartell“ der deutschsprachigen Akademien und zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in: ebd., S. 149–173.

Hermann Diels in dessen Eigenschaft als Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse der PAW einen Brief zum aktuellen und künftigen Verhältnis der beiden Organisationen zu richten, den er „vertraulich und sekret“ behandelt wissen wollte.⁸⁶ So ist der Empfänger auch mit ihm umgegangen. Nach dessen Tod gelangte der Brief in den Besitz eines seiner Söhne, des Botanikers Ludwig Diels, der am 21. Juni 1945 zum Sekretar der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der PAW gewählt wurde und der Stroux und anderen den Brief zur Kenntnis gab. Hier gewann dieses historische Dokument als Argumentationshilfe für die Willensbildung der Akademie und für die Vertretung ihrer Ansprüche gegenüber der Politik ungeahnte Brisanz. Bei der erwähnten Beratung im Magistrat am 27. Juni 1945 dürfte Stroux den Brief schon gekannt haben. Auf jeden Fall hatte er ihn spätestens Anfang August zur Verfügung, denn am 7. August übersandte er an Robert Havemann eine Kopie zur Kenntnisnahme.⁸⁷ Harnack versicherte Diels in seinem Schreiben, es sei seine Absicht gewesen, die neue Gesellschaft „von vornherein und ausschließlich mit der Akademie der Wissenschaften zu verbinden“, doch dies sei „nicht zu machen“ gewesen.⁸⁸ Einstweilen müsse es auch so bleiben, aber dies könne nicht „der definitive Zustand“ sein. Vielmehr sah Harnack – eine wolkige Andeutung – „zwei konvergierende Linien, die sich notwendig einst schneiden müssen“.⁸⁹ Zunächst sei zu erreichen, „dass die beiden Gesellschaften in Frieden neben einander stehen und zusammenarbeiten“. Schritte zu einer „Convergirung“ müssten von der Akademie ausgehen: „Ob überhaupt und wann die totale Fusion eine Wirklichkeit wird, könnte man dann ruhig abwarten“.⁹⁰ Conrad Grau bezweifelt, dass Harnack wirklich zunächst eine institutionelle Verbindung der neuen Kaiser-Wilhelm-Institute mit der Akademie anstrebte; er habe Diels mit seinen

86 Adolf von Harnack an Hermann Diels, 28.10.1912, in: Kocka (Hg.) 1999, S. 460–463.

87 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 20.

88 Harnack an Diels, 28.10.1912, in: Kocka (Hg.) 1999, S. 460.

89 Ebd., S. 461.

90 Ebd., S. 462.

Argumenten „ganz offensichtlich versöhnen“ wollen.⁹¹ Aber wie auch immer man Harnacks Motive deuten mag – der Brief war zwar kein definitives Programm einer künftigen Vereinigung von KWG und PAW, doch er schloss eine „totale Fusion“ als eine mögliche Variante der künftigen Entwicklung auch nicht ausdrücklich aus.

Eben diese, von Harnack nicht ausgeschlossene Perspektive war es, die seinen Brief für die Berliner Akademiker im Sommer 1945 so außerordentlich interessant machte – denn die Geschichte hatte die Karten neu gemischt, so dass die Akademie das 1910/11 verloren gegangene Spiel vielleicht noch einmal aufnehmen konnte. Nach Kriegsende war unklar, ob die Besatzungsmächte die KWG wieder zulassen würden. Damit war die Zukunft ihrer Institute und Einrichtungen offen. Zwar befanden sich im Sowjetischen Sektor Berlins und in der Sowjetischen Besatzungszone davon nur wenige, doch man darf nicht vergessen, dass 1945/46 nicht mit Blick auf eine mögliche ostdeutsche Eigenstaatlichkeit, sondern in Richtung auf eine noch nicht in Frage gestellte gesamtdeutsche Perspektive gedacht und gehandelt wurde. Die Ost-West-Rivalität war einstweilen noch nicht auf Abschottung gerichtet, sondern darauf, den jeweils größtmöglichen oder gar bestimmenden Einfluss auf diese insgesamt unbestrittene Perspektive zu gewinnen. Berlin, Wiege und traditioneller Sitz der KWG, war dabei von ganz besonderem Interesse. In Berlin-Dahlem befand sich eine größere Zahl von Kaiser-Wilhelm-Instituten. Auch wenn aktuell nur ein Bruchteil ihres einstigen Potenzials präsent war, konnte mit der Rückkehr der Institute und Abteilungen gerechnet werden, sofern sich für sie eine sichere Perspektive bot, denn die kriegsbedingten Verlagerungen, hauptsächlich nach West- und Süddeutschland, waren ausdrücklich als zeitweilige Notmaßnahme gedacht gewesen. Die Überlegung, über

91 Conrad Grau, „... daß die beiden Gesellschaften in Frieden nebeneinander stehen und zusammenarbeiten“. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: Dahlemer Archivgespräche, Bd. 1, Berlin-Dahlem 1996, S. 34–46, hier S. 43.

Berlin Zugriff auf die gesamte KWG zu erlangen, war im Frühjahr 1945 nicht abwegig.

Die einzige zunächst verfügbare deutsche Verwaltungsebene war die kommunale, in deren Obhut sich in Berlin, wie erwähnt, auch die PAW begab. Schon am 12. Mai 1945, noch ehe der Gesamtberliner Magistrat installiert war, ernannte der von der Roten Armee eingesetzte Zehlendorfer Bezirksbürgermeister Werner Wittgenstein den bisherigen Direktor des KWI für Physikalische und Elektrochemie, den Physikochemiker Peter A. Thiessen, als ranghöchsten unter den in Dahlem anwesenden Wissenschaftlern der Gesellschaft zum „Leiter der gesamten KWG“.⁹² Thiessen war Mitglied der PAW, doch er war keineswegs Vertreter ihrer Interessen gegenüber den Kaiser-Wilhelm-Instituten. Im Gegenteil – wegen seiner langjährigen Zugehörigkeit zur NSDAP und wegen seiner Tätigkeit als Leiter der Sparte Chemie im Reichsforschungsrat strich ihn die Akademie im Verlauf ihrer „Selbstentnazifizierung“ im Juli 1945 sogar von ihrer Mitgliederliste. Wichtig war aber, dass unter Thiessen ein erster Versuch unternommen wurde, die Berliner Einrichtungen der KWG (bis auf die von der sowjetischen Besatzungsmacht beschlagnahmten) als einen zusammenhängenden Komplex in kommunaler Zuständigkeit zu behandeln. In der kurzen Zeit seiner Amtsführung entwickelte er auch Ideen für eine inhaltliche Neuausrichtung der Forschung unter Berücksichtigung der alliierten Kontrollauflagen.⁹³

Thiessen blieb nur bis Ende Juni in diesem Amt. Seit dem 25. Mai wurde unter seiner fachlichen Aufsicht sein Institut von einem sowjetischen Kommando komplett demontiert und er nutzte die Gelegenheit, um im September mit einer Reihe von Mitarbeitern in die Sowjetunion zu gehen und sich so zugleich auch den zu erwartenden Unannehmlichkeiten der „Entnazifizierung“ zu

92 Vgl. Inga Meiser, *Die Deutsche Forschungshochschule (1947–1953)* (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 23), Berlin-Dahlem 2013, S. 31.

93 Vgl. ebd., S. 25.

entziehen.⁹⁴ Nach einigen Schwierigkeiten, einen geeigneten Nachfolger zu finden, übertrug der Magistrat, der die Zuständigkeit vom Bezirk Zehlendorf offenkundig an sich gezogen hatte, Thiessens Amt an den Physikochemiker Robert Havemann,⁹⁵ der als antifaschistischer Widerstandskämpfer vom NS-„Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und von der Roten Armee aus dem Zuchthaus Brandenburg befreit worden war. Er trat dieses Amt am 5. Juli an, buchstäblich in letzter Minute, bevor die Amerikaner ihren Sektor Berlins übernahmen, zu dem auch Dahlem gehörte. Nach seiner eigenen späteren Angabe war er „von den Russen in diese Stellung eingesetzt, offiziell natürlich vom Berliner Magistrat“.⁹⁶ Zweifellos brauchte der Magistrat für diesen Schritt das Einverständnis der Besatzungsmacht; Dokumente, die belegen, dass er auch von der sowjetischen Seite veranlasst gewesen sein könnte, sind jedoch bisher nicht bekannt. Hachtmann spricht vom „informellen Konsens“ des Magistrats mit den Besatzungsbehörden.⁹⁷

Ab Januar 1945 war ein Teil der Generalverwaltung der KWG unter Leitung des Geschäftsführenden Vorstandes Ernst Telschow von Berlin nach Göttingen verlegt worden. Nach dem Freitod des Präsidenten Albert Vögler am 14. April 1945 bemühte sich Telschow, die Gesamtorganisation der KWG von Göttingen aus in der Hand zu behalten. Damit ergab sich innerhalb der KWG eine konfrontative Zweiteilung. Havemanns Chancen, sich gegenüber Telschow durchzusetzen, waren allerdings von vornherein gering. Er hatte zwar die moralische Autorität des Widerstandskämpfers,

94 Vgl. Thomas Steinhauser/Jeremiah James/Dieter Hoffmann/Bretislav Friedrich, Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik. Das Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft zwischen 1911 und 2011, Berlin/Boston 2011, S. 137.

95 Vgl. Eckart Henning/Marion Kazemi, Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen, Berlin 2011, S. 271.

96 Robert Havemann, Fragen. Antworten. Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten, Berlin/Weimar 1990, S. 92.

97 Rüdiger Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im Dritten Reich – Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Göttingen 2007, S. 1075.

aber für das Establishment der KWG war er ein wissenschaftlicher Nobody. Das ehemalige NSDAP-Mitglied Telschow war zwar auf wissenschaftlicher Ebene Havemann in keiner Weise überlegen, aber dafür unter den Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute und darüber hinaus bestens vernetzt und obendrein ein routinierter Verwaltungsfachmann.

Dennoch schien es wenige Wochen lang so etwas wie ein Patt zwischen Telschow und Havemann zu geben. Die Einsetzung durch den Berliner Magistrat und seine Eintragung als Vorstand der KWG in das Berliner Vereinsregister waren zwar für den an Havemann erteilten Auftrag nur eine schwache administrative Legitimation, doch Telschow hatte nichts Solideres aufzuweisen, und Otto Hahn, auf den sich die verbliebenen Spitzenwissenschaftler der KWG als künftigen Präsidenten verständigt hatten und der unbestreitbar präsidiales Format hatte, befand sich – ohne absehbares Ende – in britischer Internierung. Rüdiger Hachtmann bewertet die von Havemann verfolgte Zielstellung folgendermaßen: „Havemann, die von ihm aufgebaute provisorische KWG-Generalverwaltung sowie der zu seiner Unterstützung am 13. September 1945 berufene Beirat und schließlich der Berliner Magistrat glaubten an ein dauerhaftes Einvernehmen aller Alliierten, als sie den Aufbau der KWG von Ost-Berlin aus versuchten“.⁹⁸

Den Göttingern aber gelang ein Coup, der sie bald uneinholbar in Vorhand brachte. Sie gewannen den weltberühmten Gelehrten Max Planck, der schon von 1930 bis 1937 Präsident der KWG gewesen war und den der amerikanische Astrophysiker Gerald P. Kuiper, Mitarbeiter des Office of Strategic Services, Mitte Mai 1945 nach Göttingen gebracht hatte,⁹⁹ ungeachtet seines hohen Alters für eine nochmalige – nun kommissarische – Übernahme des Prä-

⁹⁸ Ebd., S. 1059f.

⁹⁹ Vgl. Manfred Heinemann, Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründung der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1949), in: Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hg.), *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*, Stuttgart 1990, S. 407–470, hier S. 410.

sidentenamtes. Diese Bereitschaft erklärte er am 24. Juli.¹⁰⁰ Dagegen war nicht anzukommen. Die strategische Absicht, über Havemann Einfluss auf die gesamte KWG zu erlangen, war damit de facto gescheitert, auch wenn sie noch ungefähr bis zur Jahreswende 1945/46 weiterverfolgt wurde.¹⁰¹

Das Scheitern betraf den Zugriff auf die Gesamtorganisation der KWG und damit auf ihre in den westlichen Besatzungszonen befindlichen Institute. Anders verhielt es sich mit der Berliner Teilorganisation und somit auch mit den in Dahlem ansässigen Instituten und Arbeitsgruppen. Havemann konnte sich darauf stützen, dass der Berliner Magistrat auch hier – wie bei der PAW – die Finanzierung übernommen hatte. Für das Rechnungsjahr 1945 (1. Juni 1945 bis 31. März 1946) waren das 813.000 RM.¹⁰² Der Betrag reichte zwar nicht aus, doch der Betrieb konnte damit aufrechterhalten werden, zumal eine Reihe der KWG-Wissenschaftler von der Universität bzw. von der aus der früheren Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg hervorgegangenen Technischen Universität bezahlt wurde. So konnte Havemann operieren, ohne von Finanzmitteln aus Göttingen abhängig zu sein: „Ebenso wenig wie Planck und die Göttinger Generalverwaltung die Berliner Verhältnisse anerkannten, akzeptierte der Berliner Teil, der sich durch die erfolgte Eintragung Havemanns als Vorstand der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in das Berliner Vereinsregister in der rechtmäßigen Nachfolge sah, ‚die angeblich jenseits der Elbe tagende andere sogenannte Verwaltung der KWG‘ und bezeichnete sie ‚nur als private Einrichtung ohne autoritativen Charakter gegenüber der hiesigen Verwaltung“.“¹⁰³ Die Stellen, die Meiser hier zitiert, stammen aus dem Protokoll der zweiten Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates (27. September 1945), den Havemann zwei Wochen vorher berufen hatte und dem mit Nobelpreisträger Otto Warburg, dem Direktor des KWI für Zellphysiologie, eine Autorität ersten Ranges angehörte.

100 Vgl. Henning/Kazemi 2011, S. 271.

101 Vgl. Hachtmann 2007, S. 1071.

102 Vgl. Meiser 2013, S. 28, Fußn. 69.

103 Ebd., S. 27.

Aus damaliger Sicht konnte – für den zu jener Zeit nicht unwahrscheinlichen Fall, dass die Alliierten die KWG nicht wieder zulassen würden – die Berliner Organisation unter Havemann entweder die Keimzelle eines neuen Verbundes außeruniversitärer Forschungsinstitute bilden, oder sie konnte der PAW zugeordnet werden und ihr damit den erhofften Übergang in eine „Forschungsakademie“ ermöglichen. Für die zweite Option sprach, dass sowohl der Berliner Teil der KWG als auch die PAW vom Magistrat und damit aus der gleichen Hand budgetiert wurden. Bis Ende des Jahres 1945 wurde hier jedoch noch nichts entschieden. In den Nachkriegsmonaten richtete die PAW – offenbar aus den dargelegten historischen Gründen – in der Frage des Erwerbs möglicher eigener Forschungsinstitute ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf die KWG. Die ersten realen Chancen eröffneten sich aber nicht dort, sondern bei anderen, vorwiegend ehemals staatlichen Instituten, deren künftiger Unterhalt nach Auflösung der früher für sie zuständigen Behörden ungewiss war und die sich zum Teil in akuter Not befanden, soweit sie sich nicht durch kurzzeitige Forschungsaufträge von Besatzungsbehörden notdürftig über Wasser halten konnten.

Spätestens seit Bekanntwerden des Harnack-Briefes war der Gedanke an eigene Forschungsinstitute in der PAW virulent. Verschiedene in diese Richtung weisende Vorstöße aus dem Jahr 1945 werden in der Literatur genannt; allerdings sind sie sämtlich nicht näher untersucht. Das früheste dokumentierte Exempel betrifft die außeruniversitären historischen Institute, darunter auch das KWI für Geschichte. Wie Nötzoldt angibt, beauftragte das Plenum am 12. Juli 1945 seine Mitglieder Fritz Hartung, Friedrich Rörig und Friedrich Baethgen, Vorschläge zur Zusammenfassung der teilweise aufgelösten oder verwaisten Forschungseinrichtungen für mittelalterliche und neue Geschichte zu unterbreiten. Das taten sie unverzüglich. Daraufhin erbat Stroux beim Magistrat für die Akademie „eine Vollmacht, die sie in den Stand setzt, die noch vorhandenen Institute zu übernehmen [...]“.¹⁰⁴ Diese Vollmacht

104 Nötzoldt 1998, S. 20.

wurde ihm am 23. Juli mit einem Schreiben von Naas erteilt, noch dazu für ganz Deutschland: „Hiermit beauftragen wir die Preußische Akademie der Wissenschaften, diejenigen Institute, die sich bisher in Deutschland mit Geschichtsforschung beschäftigt haben, zu erfassen und für ihre Sicherstellung Sorge zu tragen“.¹⁰⁵ Das Protokoll der Plenarsitzung vom 13. Dezember 1945 weist einen Beschluss über die Gründung eines Instituts für slawische Altertumskunde aus, ferner die positive Entscheidung eines Antrages von Carl Weickert, das von diesem „auftragsweise“ verwaltete Archäologische Institut des Deutschen Reiches der Akademie anzugliedern.¹⁰⁶ Das alles scheint keine fassbaren Folgen gehabt zu haben – jedenfalls erwähnt der erste Arbeitsbericht der DAW keine im Jahr 1945 definitiv vollzogenen Angliederungen oder Gründungen von Instituten –, doch es zeigt, wie lebhaft die Frage der Institute die Berliner Akademiker beschäftigte.

7. Das Besatzungsregime und die Akademie

Bevor die Akademie aber irgendwelche Erweiterungen ernsthaft in Betracht ziehen und als Retterin für „verwaiste“ Institute auftreten konnte, musste ihre eigene Zukunft gesichert sein. Das lag nicht allein in ihrer Hand. Bis Ende Juni 1945 hatte sie es über den vom sowjetischen Kommando eingesetzten und von diesem kontrollierten Berliner Magistrat nur mit einer einzigen Besatzungsmacht zu tun. Das änderte sich im Juli grundsätzlich, als auch Truppenkontingente der drei Westmächte nach Berlin kamen und die für sie nach den geltenden Viermächtevereinbarungen vorgesehenen Sektoren der Stadt übernahmen. Berlin wurde Sitz des Alliierten Kontrollrats für Deutschland, der sich am 30. Juli 1945 konstituierte. Auch die Stadt Berlin selbst, die innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) lag, kam unter Viermächteverwaltung. Dazu wurde eine Interalliierte Militärkommandantur (kurz: Alliierte Kommandantur) eingerichtet, die die oberste Gewalt in

¹⁰⁵ Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 126, S. 457.

¹⁰⁶ Nötzoldt 1998, S. 20.

der besetzten Stadt ausübte.¹⁰⁷ Fortan war diese dem Magistrat übergeordnet und übermittelte ihm ihre Anweisungen in Form von Befehlen. Einen abrupten Bruch mit dem bisherigen Zustand sollte es zwar nicht geben; der Befehl Nr. 1 bestimmte, dass alle seit dem 2. Mai 1945 vom Sowjetkommando durchgeführten Maßnahmen in vollem Umfang in Kraft bleiben sollten.¹⁰⁸ Alle neuen Beschlüsse des Magistrats aber, insbesondere seine Entscheidungen in Haushaltsfragen, konnten nur mit Billigung der Kommandantur in Kraft treten. Das bekam die Akademie schon bald schmerzhaft zu spüren.

In den ersten Monaten nach Kriegsende war das Interesse der Alliierten an der PAW minimal bis überhaupt nicht vorhanden. Im Zentrum ihrer kulturpolitischen Aufmerksamkeit stand das Bildungswesen einschließlich der Hochschulen und Universitäten – denn hier vor allem musste angesetzt werden, um die nazistische Indoktrination der deutschen Bevölkerung dauerhaft zu überwinden. Andererseits inspizierten sie die noch vorhandenen naturwissenschaftlich-technischen Kapazitäten, um ein eventuelles Wiederaufleben rüstungsrelevanter Forschung zu verhindern (kodifiziert wurde diese Aufgabe erst im April 1946 mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 25),¹⁰⁹ Demontagen und Entnahmen vorzunehmen, den Transfer von qualifiziertem Personal in die eigenen Länder vorzubereiten oder Möglichkeiten der Vergabe von Forschungsaufträgen zu prüfen. Die Akademie hatte in ihrem damaligen Zustand weder das eine noch das andere zu bieten, entspre-

107 Vgl. Gerhard Keiderling, Die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin. Von der EAC 1944/45 bis zum Ende der Viermächteverwaltung 1948, in: *Jahrbuch für Geschichte*. Bd. 35, Berlin 1987, S. 565–615; Gerhard Keiderling, Es herrschte das Prinzip der Einstimmigkeit. Die Alliierte Kommandantur 1945–1948, in: *Berlinische Monatsschrift* 12 (2000), S. 67–78.

108 Vgl. Hans J. Reichardt, Wiederaufbau und Festigung demokratischer Strukturen im geteilten Berlin 1945–1963, in: Otto Büsch/Wolfgang Haus/Georg Kotowski/Hans J. Reichardt, *Berliner Demokratie 1919–1985*, Bd. 2 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 70/2), Berlin/New York 1987, S. 1–201, hier S. 8.

109 Vgl. Kontrollratsgesetz Nr. 25: Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung vom 29. April 1946, verfassungen.de/de/de45-49/kr-gesetz25.htm [Zugriff 15.05.2016].

chend blieb sie weitgehend unbehelligt. Das gab ihr ungeahnte Freiheiten bei der autonomen Regelung ihrer internen Angelegenheiten. Der neuralgische Punkt aber war, ob sie den Besatzungsmächten überhaupt wichtig genug erschien, um weiterhin finanziert zu werden.

Die Alliierte Kommandantur war davon offenbar nicht überzeugt, denn sie strich am 27. Oktober 1945 den Etat der Akademie aus dem Haushalt des Magistrats. Als Stroux am 15. Oktober den Haushaltsentwurf einreichte, war er noch sehr optimistisch und äußerte in seinem Begleitschreiben die Erwartung, dass die Akademie möglichst bald in aller Form wiedereröffnet werden würde, da die Vorbedingungen dafür als erfüllt anzusehen seien. Diese kommentarlose Streichung war, wie Nötzoldt bemerkt, die überhaupt erste Stellungnahme der vier Alliierten zur Akademie.¹¹⁰ Damit war für diese plötzlich und unerwartet eine krisenhafte Situation eingetreten. Ihrem direkten Partner, der Bildungsverwaltung des Magistrats, an den sie sich natürlich mit erneuten dringlichen Bitten wandte – in einem Schreiben an Winzer vom 15. November 1945 erbat Stroux nachdrücklich wenigstens das Minimum von 20.500 RM im Monat, ohne das die Akademie nicht weiter bestehen konnte¹¹¹ –, waren durch den Kommandanturenentscheid weitestgehend die Hände gebunden. Dennoch tat sie, was sie konnte. Auf Wegen, die laut Nötzoldt noch nicht aufgedeckt sind, finanzierte der Magistrat die Akademie einstweilen dennoch weiter.¹¹² Winzer erarbeitete für den Magistrat die Vorlage für einen ausführlich argumentierenden Beschluss, in dem dieser die Alliierten bitten sollte, den Fortbestand der Akademie zu ermöglichen, die „das Sprachrohr des wissenschaftlichen Fortschritts für das neue freie Deutschland werden müsste“. Dieses Papier wurde am 11. Dezember 1945 vorgelegt und sollte am 17. Dezember behandelt werden.¹¹³ Zugleich versuchte die Akademie, ihr Anliegen den Besatzungsmächten direkt zu unterbreiten. Dazu

110 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 27.

111 Vgl. ebd., S. 28.

112 Vgl. ebd., S. 31, Fußn. 112.

113 Ebd., S. 28.

verabschiedete sie am 5. November ein mehrsprachig gehaltenes Memorandum über ihre Aufgaben und ihre Bedeutung.¹¹⁴ Offenbar kam es dabei auch zu Gesprächen mit Vertretern der Westmächte. Köhler teilt mit, dass laut Protokoll der Akademiesitzung vom 22. November 1945 Stroux dort auch über Verhandlungen mit der britischen Besatzungsbehörde berichtet habe,¹¹⁵ und Nötzoldt erwähnt eine Aktennotiz von Mitte November, der zufolge ein britischer Hochschuloffizier telefonisch mitgeteilt habe, dass die Akademie wahrscheinlich erhalten werden könne.¹¹⁶ Mehr als solche Bruchstücke ist dazu bisher nicht bekannt.

Das war alles andere als eine solide Existenzgarantie. Für die Leitung der Akademie war die eingetretene Situation ein deutlicher Hinweis darauf, dass der Berliner Magistrat – ganz unabhängig vom guten Willen der Vertreter seiner Volksbildungsabteilung – wegen seiner direkten Abhängigkeit von der Alliierten Kommandantur für die PAW keine existenzsichernde Anbindung gewährleisten konnte. Da sich die westlichen Alliierten durch ihr demonstratives Desinteresse selbst die Möglichkeit vergeben hatten, auf die Zukunft der Akademie Einfluss zu nehmen, blieb der Akademie nur noch der Ausweg, bei der sowjetischen Besatzungsmacht, in deren Herrschaftsbereich sich ihr Sitz befand (das Akademiegebäude im Komplex der Preußischen Staatsbibliothek Unter den Linden gehörte zum Sowjetischen Sektor Berlins), Unterstützung zu suchen. Auch dieser Ausweg erschien zunächst vage, denn der sowjetische Vertreter in der Alliierten Kommandantur musste, da die Beschlüsse dieses Organs nach dem Einstimmigkeitsprinzip gefasst wurden, dem Streichungsentscheid zugestimmt haben – aus welchen Gründen auch immer, Details sind nicht bekannt. Aber die territorial zuständige Besatzungsmacht war die Adresse, an die sich die PAW mangels realistischer Alternativen zu halten hatte.

114 Vgl. ebd., S. 28.

115 Vgl. Köhler 1996, S. 52.

116 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 28.

Inzwischen war in der SBZ mit der Bildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), die nach einem Beschluss der sowjetischen Regierung vom 6. Juni 1945 erfolgt war, ein reguläres Besatzungsregime eingeführt worden.¹¹⁷ Oberster Chef wurde Marschall Georgi K. Shukow, der die Schlacht um Berlin und die Einnahme der Stadt kommandiert hatte. Zur SMAD gehörte eine Volksbildungsabteilung, die von dem Historiker und früheren Rektor der Leningrader Universität, Pjotr W. Solotuchin, geleitet wurde und Verbindung zur Volksbildungsverwaltung des Berliner Magistrats aufnahm. An den Zusammenkünften des Leitenden Ausschusses beteiligten sich Vertreter dieser Abteilung ebenfalls, mitunter kam auch Solotuchin selbst. So war die Leitung der PAW schon früh über das Bestehen dieser neuen sowjetischen Instanz unterrichtet, aber Fragen der Akademie spielten dort zunächst überhaupt keine Rolle. Der erste aktenkundige Kontakt zwischen Akademie und SMAD war ein am 27. Juni 1945 in Anwesenheit von Magistratsvertretern geführtes Gespräch.¹¹⁸ Seitens der PAW nahmen Stroux und Scheel teil, als sowjetischer Teilnehmer wird Oberst Berdeli genannt. Weder seine Initialen noch sein Ressort in der SMAD werden angegeben; es ist zu bezweifeln, dass er Solotuchins Abteilung angehörte, denn sein Name kommt weder in Nikitins ausführlichen Memoiren noch in sonstigen Publikationen zur Wissenschaftspolitik der SMAD vor. Das Gespräch hatte keine ersichtlichen Folgen.

Sehr viel aussichtsreicher für die Akademie war hingegen eine andere Aktivität der SMAD. Mit dem Befehl Nr. 17 ihres Obersten Chefs vom 27. Juli 1945 wurden für die SBZ neun deutsche Zentralverwaltungen gebildet, die de facto – obwohl zunächst nicht so gedacht – Keimformen späterer DDR-Ministerien darstellten und deren Einrichtung dem besatzungspolitischen Prinzip entsprach, direkte sowjetische Eingriffe in deutsche Angelegenheiten sukzessiv durch die Kontrolle deutscher Verwaltungsorgane zu ersetzen.

117 Vgl. Jan Foitzik, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion*, Berlin 1999.

118 Vgl. Nötzoldt 1996, S. 101f.; Köhler 1996, S. 52.

Nach sowjetischer Rechtsauffassung, die von den Westmächten nie akzeptiert wurde, erstreckte sich die Zuständigkeit dieser Zentralverwaltungen auch auf den Ostsektor von Berlin. Das galt auch für die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) unter der Präsidentschaft von Paul Wandel (KPD), der aus der sowjetischen Emigration nach Berlin zurückgekehrt war. Theodor Brugsch, der dem Leitenden Ausschuss bei der Volksbildungsabteilung des Berliner Magistrats angehört hatte, wurde in der DZVV Leiter des Hauptamtes für Wissenschaft und Forschung und im März 1946 Vizepräsident der Zentralverwaltung. Innerhalb der SMAD war die Abteilung Volksbildung direkt für die DZVV zuständig. Wandel, selbst kein Wissenschaftler, pflegte einen respektvollen Umgang mit den Gelehrten. Auch Nikitin hatte von ihm einen guten Eindruck: „Intuition, die Achtung vor dem Gesprächspartner, das Streben, anstehende Probleme möglichst diplomatisch und ‚menschlich‘ zu lösen – diese Eigenschaften, so scheint mir, unterschieden Wandel von vielen seiner Kollegen in der SED, wenn diese erst einmal verantwortungsvolle Positionen übernommen hatten“.¹¹⁹ Von ihm konnte auch Verständnis für die Probleme der Akademie erwartet werden. Aus der Perspektive der PAW war eine Zentralverwaltung zudem eine akademiegemäße administrative Bezugsinstanz als eine kommunale Anbindung beim Magistrat. Offenbar gab es schon bald nach Gründung der DZVV Bemühungen, die Akademie in ihre Zuständigkeit zu überführen und aus der Obhut des Magistrats zu lösen. Im Protokoll der Plenarsitzung vom 20. September 1945 wird eine Besprechung von Stroux mit einem Vertreter des Magistrats erwähnt; danach würde dieser „vorerst die Betreuung der Akademie beibehalten, jedoch besteht die Möglichkeit einer organisatorischen Änderung, so daß die Bearbeitung der Angelegenheiten der Akademie auf die Zentralbehörde der neuen Landesregierung [sic], Amt für Volksbildung, übergehen würde. Dies ist aber keineswegs sicher.“¹²⁰ In der Tat kam die Zuordnung der Akademie zur DZVV

119 Nikitin 1997, S. 41.

120 Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 128, S. 459.

erst ein knappes Jahr später mit deren Wiedereröffnung als DAW zustande.

8. Kulebakins Intervention und die SMAD

Zunächst musste Solotuchins Abteilung die Akademie auf ihre Agenda nehmen und das wurde durch eine andere sowjetische Einrichtung vermittelt, die nicht der SMAD unterstand. 1945 waren unabhängig voneinander Vertreter zahlreicher sowjetischer Behörden in der SBZ unterwegs, um für ihr von der deutschen Aggression zerstörtes Land Güter unterschiedlichster Art zu requirieren („Trophäenbrigaden“) oder auch bei deutschen Firmen Einkäufe zu tätigen und ihnen Aufträge zu erteilen. Auch die Akademie der Wissenschaften der UdSSR hatte eine eigene Vertretung in der SBZ, die im Frühjahr 1946 bereits über etwa 30 Mitarbeiter verfügte.¹²¹ Leiter der Vertretung war Akademiemitglied Viktor S. Kulebakin, Generalmajor im Ingenieurtechnischen Dienst der Roten Armee. Er war ein Fachmann für Flugzeugelektronik und automatische Regelungstechnik. Als junger Elektrotechniker hatte er in den 1920er-Jahren am sowjetischen Elektrifizierungsprogramm (GOELRO) mitgewirkt; damals war mindestens eine seiner Arbeiten in deutscher Übersetzung erschienen.¹²² Die sowjetische Akademievertretung verschaffte sich einen systematischen Überblick über die naturwissenschaftlichen und technischen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen der SBZ. In diesem Zusammenhang besuchte Kulebakin auch die PAW. Dieser Besuch gewann für die Akademie schicksalhafte Bedeutung, weil er zu einer Zeit stattfand, als sie sich in ihrer Fortexistenz bedroht sah. Dabei ist kaum anzunehmen, dass er von sowjetischer Seite in Hinblick auf diese Notlage geplant worden ist; hier dürfte – diesmal positiv – der Zufall in die Geschicke der Akademie eingegrif-

121 Vgl. Natalja P. Timofeeva, Die Vertretung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Deutschland 1945–1949, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 25–38.

122 Vgl. Viktor Kulebakin, Elektrische Hochspannungszündapparate. Theoretische und experimentelle Untersuchungen, Berlin/Heidelberg 1924.

fen haben. Am 14. November sprach Major Professor Boldyrew, ein Mitarbeiter Kulebakins, in der PAW vor. Scheel wird ihm vermutlich die Schwierigkeiten der Akademie eindringlich geschildert haben und in seiner Gesprächsnotiz für Stroux hielt er seinen Eindruck fest, dass die sowjetische Akademie helfen wolle.¹²³ Stroux schrieb seinen erwähnten Brief an Winzer vom 15. November also in Kenntnis dieses Gespräches. Am 20. November erschien Boldyrew abermals, nun mit der Ankündigung, dass Kulebakin demnächst selbst in die Akademie kommen würde und Stroux zu sprechen wünsche. In seiner Mitteilung an Stroux über diese Absicht vermerkte Scheel: „Es scheinen große Pläne zu bestehen“.¹²⁴ Über die Unterredung zwischen Kulebakin und Stroux ist bisher nichts bekannt, aber sie muss günstig verlaufen sein, denn schon am 6. Dezember sprachen der sowjetische Akademievertreter und Oberbürgermeister Werner vor dem Plenum der Akademiemitglieder. Die Aussichten, die sich daraus ergaben, dürften auch der Grund dafür gewesen sein, dass Winzer seine ursprünglich zur Behandlung am 17. Dezember vorgesehene Magistratsvorlage wieder zurückzog.¹²⁵

Kulebakin wählte die Diktion vollkommener kollegialer Normalität und ließ in keiner Nuance den Siegerstandpunkt anklingen. Diese Tonlage, die sie so kurz nach Kriegsende nicht erwarten durften, muss den versammelten deutschen Akademikern sehr entgegengekommen sein. Der Redner erinnerte an die mehr als 200 Jahre enger wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den beiden Akademien, deren Grundstein von Leibniz und Peter dem Großen gelegt worden sei, und dankte dafür, „daß die Preußische Akademie der Wissenschaften diese unsere erste gemeinsame Sitzung organisiert hat. Diese Sitzung betrachte ich als den Ausdruck freundschaftlichen Einvernehmens mit den Sowjet-Gelehrten und besonders mit der ganzen Akademie der Wissenschaften der UdSSR, als deren Bevollmächtigter ich mich jetzt in

123 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 29.

124 Ebd.

125 Vgl. ebd., S. 28.

Deutschland befinde mit der Absicht, wissenschaftliche und arbeitsmäßige Verbindungen mit deutschen Gelehrten-Anstalten, insbesondere mit der Preußischen Akademie der Wissenschaften, aufzunehmen“.¹²⁶

Diese kollegiale Konzilianz lässt sich freilich nicht leicht zusammendenken mit der beschönigungsfreien Nüchternheit, mit der Kulebakin Ende 1945 in einem Bericht an Marschall Shukow für ein koordiniertes Vorgehen aller am ostdeutschen Wissenschafts- und Technikpotenzial interessierten sowjetischen Stellen eintrat. Dies würde es erlauben, „den aktuellen Stand der deutschen Wissenschaften abschließend zu bestimmen und Maßnahmen zur planmäßigen und umfassenden Ausnutzung des Wissenschaftspotenzials Deutschlands im Interesse unseres Landes einzuleiten. Die Dringlichkeit dieses Vorhabens nimmt dadurch zu, daß wir nunmehr in den wissenschaftlich-technischen Wettbewerb mit anderen führenden Ländern treten müssen“.¹²⁷ Aber an der Anerkennung der Kriegsschuld und der daraus folgenden Wiedergutmachungspflicht führte auf deutscher Seite kein Weg vorbei. Eine realistische Alternative bestand nur zwischen radikalen Entnahmen und Demontagen auf der einen und Ausnutzung deutscher Kapazitäten vor Ort auf der anderen Seite. Die zweite Variante war ohne Zweifel die schonendere, weil sie die Einrichtungen in Deutschland beließ. Wie Natalja P. Timofeeva ausführt, gehörte Kulebakin zu denjenigen, die es so weit wie möglich bevorzugten, „wenn deutsches Know-how ohne größere Unterbrechungen an den bewährten Forschungsstätten unter sowjetische Kontrolle gebracht werden konnte“, und er legte Wert darauf, dabei mit den deutschen Spezialisten zusammenzuarbeiten.¹²⁸ Aus den von ihr durchgesehenen Akten geht hervor, dass die sowjetischen Akademievertreter bestrebt waren, „zumindest einen Großteil der militärisch weniger relevanten Forschungsvorhaben

126 Protokoll der Sitzung der Gesamt-Akademie vom 6.12.1945, in: Hartkopf/Wangermann, Dokumente 1991, Dokument Nr. 130, S. 461–463, hier S. 462.

127 Zit. in: Timofeeva 2002, S. 29.

128 Ebd., S. 26.

in Deutschland zu belassen“.¹²⁹ Aus seiner Sicht konnte es daher durchaus in sowjetischem Interesse liegen, den Wiederaufbau der Akademie in Berlin zu tolerieren und zu fördern.

Freilich stand es nicht in der Macht der sowjetischen Akademievertretung, die Existenz der Berliner Akademie zu garantieren. Daher empfahl Kulebakin, den Obersten Chef der SMAD darum zu bitten, „daß die Akademie bis zur Bildung einer rechtmässigen parlamentarischen zentralen Regierung für ganz Deutschland der alliierten Militärbehörde, und zwar, da sie im Bereich der sowjetischen Zone liegt, der sowjetischen Militärverwaltung unterstellt wird [...]“.¹³⁰ Dieser Gedanke war in höchstem Grade unorthodox, aber auch Stroux machte ihn sich zu eigen – vielleicht in der nicht unplausiblen Erwägung, dass die SMAD, wenn sie einmal ihre Zuständigkeit für die Akademie erklärt hätte, unmöglich deren Etat streichen könnte; damit wären die Risiken der Viermächteverwaltung umgangen und obendrein erschien das alles als eine bloße Interimslösung bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die in naher Zukunft erwartet wurde.

Damit stand nun der akademiehistorisch entscheidende Schritt vor der Tür, der aus einer Mixtur von zielstrebigem Bemühen und Zufallskonstellationen hervorging; kombiniert man die von Nötzoldt, Köhler und Nikitin unabhängig voneinander mitgeteilten Details, so ergibt sich ein ziemlich genaues Bild des Geschehens. Kulebakin hatte Stroux nicht nur die Anregung übermittelt, sondern auch gleich den Entwurf eines Briefes an Shukow geliefert. Diesen (von ihm noch redigierten) Entwurf stellte Stroux auf einer für den 20. Dezember 1945 einberufenen außerordentlichen Plenarsitzung der Akademie zur Diskussion und fügte hinzu, nach einer ihm gemachten Mitteilung sei ohnehin mit dem baldigen Übergang der Betreuung vom Magistrat an die „Zentralkommission für Volksbildung“ zu rechnen; die Akademie würde dann gleichfalls der SMAD unterstellt sein, nur eben mittelbar.¹³¹ Auf welche

129 Ebd., S. 28.

130 Zit. in: Nötzoldt 1998, S. 30.

131 Ebd.

Informationen Stroux hier anspielte, ist unklar; vielleicht wollte er so den Akademikern einfach nur die Zustimmung zu diesem verwegenen Vorschlag erleichtern.

Das Plenum konnte sich nicht sofort entschließen und wollte über den Brief an Shukow noch weiter diskutieren; die Debatte muss heftig verlaufen sein, der Chirurg Ferdinand Sauerbruch bezeichnete den Brief an Shukow als ein „Bettelgesuch“, was Stroux entrüstet zurückwies.¹³² Schon am nächsten Tag – vermutlich, um den ganzen Vorstoß nicht wieder im Sand verlaufen zu lassen – richtete er einen weiteren Brief an Kulebakin, dessen Wortlaut er am Morgen des 21. Dezember vor der Absendung interessierten Akademiemitgliedern noch zur Diskussion stellte.¹³³ Dieser Brief war das einzige Dokument des ganzen Vorgangs, das in der DDR im vollen Wortlaut veröffentlicht wurde. Darin betonte Stroux, dass die Aussicht, in enge Beziehungen zur sowjetischen Akademie zu treten, für die Berliner Akademie „eine große Zukunftshoffnung“ sei. Dafür sei ihr „jede Organisationsform, die für die Herstellung und den Ausbau dieser engen Beziehungen geeignet ist, willkommen“. Eine „unmittelbare Unterstellung unserer Akademie ohne Zwischenschaltung anderer Behörden“ unter die Autorität der SMAD würde dafür die besten Möglichkeiten schaffen. Wenn die Akademie in ihrer Sitzung vom 20. Dezember noch nicht zum endgültigen Beschluss über den Wortlaut ihres Schreibens an Shukow gekommen sei, „so ist die außerordentliche Tragweite dieser Angelegenheit, und die Bedeutung, die eine solche Entschließung für die Zukunft der Akademie haben wird, der Grund, warum wir bitten, die Überlegung und Beratung darüber noch kurze Zeit fortführen zu dürfen“.¹³⁴

Das für Shukow bestimmte Schreiben richtete Stroux an Generalleutnant Michail I. Dratwin, den Chef des Stabes der SMAD, mit der Bitte um Weiterleitung. Es wird bei Köhler nicht restlos klar, ob Stroux auch diesen Text vorab mit anderen Akademiemitglie-

132 Köhler 1996, S. 53.

133 Vgl. ebd., S. 54.

134 Stroux, Schreiben an V. S. Kulebakin, 21.12.1945, in: Stiller (Hg.) 1987, S. 36.

dern diskutierte. Jedenfalls verlas er beide Briefe in der nächsten Sitzung der Akademie am 2. Januar 1946.¹³⁵ Als der Brief an Dratwin Ende Dezember 1945 einging, befand sich Shukow dienstlich in Moskau. Dratwin übergab ihn dessen Stellvertreter (und ab April 1946 auch Nachfolger) Marschall Wassili D. Sokolowski, der ihn zur weiteren Bearbeitung der aufgeworfenen Problematik an Solotuchin weiterreichte. Nach Angaben von Nikitin traf Sokolowski dabei zwei grundlegende Feststellungen. Zu Solotuchin sagte er: „Bedenken Sie, daß die SMAD keine deutschen Einheiten verwalten kann. Das müssen die Deutschen selbst machen“. Auf dem Brief von Stroux vermerkte er: „Die Akademie ist der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zu unterstellen. Sokolowski“.¹³⁶

So kam die Akademie auf die Agenda der SMAD und war damit im Prinzip gerettet. Nikitin bestätigt das: „Wenn es auch eigenartig anmutet, aber es war eben dieser Brief von Stroux, der für unsere Abteilung und für mich persönlich ein völlig neues Tätigkeitsfeld eröffnete. Vor Erhalt dieses Briefes hatten sich weder die Abteilung Volksbildung der SMAD noch die DZVVB mit Problemen der Akademie der Wissenschaften beschäftigt“.¹³⁷ Mit Genehmigung von Sokolowski wurde innerhalb der Abteilung Volksbildung ein neuer Sektor „Wissenschaft und akademische Einrichtungen“ geschaffen und Nikitin mit dessen Leitung betraut. Seine Hauptaufgabe war, in kürzester Frist den Entwurf eines Befehls zur Reorganisation der Akademie und zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu erarbeiten.¹³⁸

Es fällt auf, dass in den Memoiren Nikitins, in denen der DAW ein umfangreiches Kapitel gewidmet ist, nirgendwo der Name Kulebakin genannt wird. Ein Grund, diesen Namen zu verschweigen, ist schwer vorstellbar, und erst recht nicht denkbar ist, dass Nikitin ihn gekannt, aber als belanglos beiseitegelassen haben könnte. Anscheinend hat er tatsächlich nicht gewusst, dass Ku-

135 Vgl. Köhler 1996, S. 54.

136 Nikitin 1997, S. 126.

137 Ebd., S. 126.

138 Ebd., S. 127.

lebakin der Initiator des Briefes von Stroux an Shukow war. Wenn sich, wie er schreibt, die Abteilung Solotuchin bis Ende 1945 überhaupt nicht mit der Akademie befasst hatte, dann musste Nikitin auch Kulebakins Auftritt vor dem Akademieplenum am 6. Dezember nicht zur Kenntnis genommen haben. Andererseits – darauf verweist der oben erwähnte Bericht von Kulebakin – konnte man an der Spitze der SMAD die sowjetische Akademievertretung in Deutschland und ihre Aufgaben durchaus. Timofeeva, die ebenfalls vermerkt, dass Kulebakin bei Nikitin nicht erwähnt wird, gibt dazu eine Erläuterung: Die SMAD unterhielt neben den regulären auch „spezifische“ Wissenschaftskontakte, die auch innerhalb ihres Apparates streng geheim gehalten wurden und von denen ihre Volksbildungsabteilung nichts gewusst zu haben brauchte.¹³⁹

Umgekehrt fällt es schwer zu glauben, dass der akademisch wie militärisch erfahrene Kulebakin ernsthaft erwartet haben könnte, die SMAD würde die Berliner Akademie in ihre administrative Zuständigkeit übernehmen. Der ganze Vorgang macht eher den Eindruck einer von Kulebakin geschickt eingefädelten Provokation, die die SMAD mit hoher Wahrscheinlichkeit zwingen musste, zugunsten der Akademie aktiv zu werden. Hätte Generaloberst Kulebakin bei dem ranghöheren Marschall Shukow selbst einen solchen Vorschlag unterbreitet, dann hätte er sich bestenfalls einen Rüffel wegen Kompetenzüberschreitung eingehandelt. Ein deutscher Akademiepräsident aber musste nicht in militärischen Hierarchien denken und ein so ungewöhnlicher Wunsch wie der von ihm vorgetragene konnte nicht unbeantwortet bleiben.

Damit dürfte die Neugeburt der PAW als DAW jenseits der zutage liegenden Fakten auch noch verborgene Hintergründe – von der Art der hier spekulativ erwogenen oder auch noch von ganz anderer Art – gehabt haben. Wenn es sich annähernd so verhielt, wie hier vermutet wird, dann besteht die Vorgeschichte der DAW-Eröffnung auf sowjetischer Seite aus zwei unabhängigen, von

139 Timofeeva 2002, S. 35, Fußn. 34.

unterschiedlichen Akteuren bewirkten Teilen, deren Bindeglied der deutsche Gelehrte Stroux war. Das Zufallsmoment des gesamten Geschehens wäre damit noch gravierender als zunächst angenommen. Die Vorgehensweise des Besatzungsregimes scheint, jedenfalls auf wissenschaftspolitischem Gebiet, eher eine fragmentierte als eine konzertierte Aktion gewesen zu sein, und dann ist es auch nur mäßig verwunderlich, wenn der sowjetische Vertreter in der Alliierten Kommandantur – ein weiterer Akteur auf dem unübersichtlichen Tableau – mit der Hinnahme der Budgetstreichung gegen die Interessen der Akademie gehandelt hat, während sich die Volksbildungsabteilung der SMAD mit Nachdruck für sie einsetzte.

9. Abschied von Preußen

Noch eine weitere wesentliche Mitgift verdankte die Akademie Kulebakin: den Rat, den Bezug auf Preußen aus ihrem Namen zu streichen. Auf der Sitzung am 20. Dezember 1945 sprachen sich die anwesenden Mitglieder mehrheitlich für die Umbenennung der PAW in „Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ aus.¹⁴⁰ Dies übermittelte Stroux in einem vom 21. Dezember datierten Schreiben auch direkt an Shukow¹⁴¹ (darin ist von der Bitte um Unterstellung unter die SMAD nicht die Rede, der oben erwähnte Brief, der über Dratwin an Shukow gerichtet war, müsste später abgeschickt worden sein). Dieser Beschluss aber war nicht unproblematisch und erst recht nicht selbstverständlich. In der Neubesinnungsphase nach Kriegsende war der traditionelle Name ohne erkennbare Bedenken gebraucht worden und noch in der Plenarsitzung am 6. Dezember 1945 sprachen sowohl Stroux als auch Kulebakin von der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Oberbürgermeister Werner sagte in seiner Ansprache sogar: „Wohl in keinem anderen Zusammenhang hat das Wort ‚Preußen‘ überall in der zivilisierten Welt so beifälliges Wohlwollen und

140 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 29.

141 Vgl. Malycha 2003, Dokument Nr. 13, S. 120.

Bewunderung erweckt wie in der Bezeichnung ‚Preußische Akademie der Wissenschaften‘. Hier – in diesem Zusammenhang – ist das Wort ‚Preußen‘ über sich selbst hinausgewachsen und hat sich aus der ihm sonst anhaftenden Atmosphäre des territorialstaatlichen Soldatentums in die Bezirke des weltweiten Geistes erhoben“. ¹⁴² Die Berliner Akademie, die aus der Tiefe der preußischen Geschichte herkam, war, vor allem in ihren Glanz- und Blütezeiten, ein eindrucksvoller Beleg für die helle Seite der preußischen Tradition, deren Ambivalenz Bernhard vom Brocke im Titel einer seiner bahnbrechenden Studien zur Geschichte der preußischen Bildungs- und Wissenschaftspolitik prägnant ausgedrückt hat: *Preußen – Land der Schulen, nicht nur der Kasernen*. ¹⁴³

In den Trümmern des Jahres 1945 aber war fast nur noch das „Land der Kasernen“ gegenwärtig. Nach Kriegsende war „Preußen“ in erster Linie ein Reizwort. Auf der Suche nach Erklärungen dafür, wie das Naziregime und die von diesem verschuldete und ausgelöste Weltkatastrophe überhaupt möglich war („Wie konnte es geschehen?“ ¹⁴⁴), lag es nur zu nahe, eine gerade Linie vom „preußischen Militarismus“ bis zur Kriegsmaschinerie des Hitlerreiches zu ziehen und die gesamte preußische Tradition in Bausch und Bogen zu verdammen. Unter den Siegermächten herrschte Einvernehmen, den Staat Preußen aufzulösen. Das war schon aus verwaltungspraktischen Gründen unumgänglich: Das ehemalige Territorium Preußens, des größten und stärksten Bundesstaates im untergegangenen Deutschen Reich, erstreckte sich über mehrere Besatzungszonen, ganz abgesehen davon, dass sich ein beträchtlicher Teil nunmehr unter polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung befand. Die formelle Auflösung erfolgte durch das

142 Protokoll der Sitzung der Gesamt-Akademie vom 6. Dezember 1945, in: Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 130, S. 461–463, hier S. 461f.

143 Bernhard vom Brocke, *Preußen – Land der Schulen, nicht nur der Kasernen*. Preußische Bildungspolitik von Gottfried Wilhelm Leibniz und Wilhelm von Humboldt bis Friedrich Althoff und Carl Heinrich Becker (1700–1930), in: Wolfgang Böhme (Hg.), *Preußen – eine Herausforderung*, Karlsruhe 1981, S. 54–99.

144 Max Fechner, *Wie konnte es geschehen? Auszüge aus den Tagebüchern und Bekenntnissen eines Kriegsverbrechers*, Berlin 1946.

Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats in Deutschland vom 25. Februar 1947. Dies geschah im Zeichen eines radikal negativen Preußenbildes, das im ersten Satz des Gesetzes seinen Ausdruck fand: „Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört“.¹⁴⁵

Kulebakin dürfte Ende 1945 vollkommen klar gewesen sein, dass die Entwicklung in diese Richtung laufen würde und dass es der Akademie bei den Alliierten – auch bei den westlichen – schaden könnte, wenn sie auf ihrem alten Namen beharrte. Insofern dürfte seine Empfehlung, diesen Namen aufzugeben, eine kollegiale akademische Überlebenshilfe gewesen sein. Doch auch die neue, von der Akademie gewählte Bezeichnung warf Probleme auf. Nikitin führte seinen deutschen Partnern vor Augen, dass es bei diesem Namen „formal durchaus begründet wäre, sie dem Magistrat von Groß-Berlin zu unterstellen, was bedeuten würde, daß sie von der Alliierten Kommandantur kontrolliert werden müßte“.¹⁴⁶ Damit wäre sie genau wieder in jenem riskanten Status, dem sie doch entkommen wollte. Die Kommandantur tat ein Übriges, um der Akademie vor Augen zu führen, was sie in einem solchen Fall erwartete. Am 15. März 1946 beschloss sie erneut, dass der Magistrat die Finanzierung der Akademie einzustellen habe.¹⁴⁷ War der erste Streichungsbeschluss noch eine ernste Bedrohung für die Akademie, so war der zweite eine bloße Farce, denn in dieser Frage war die Kommandantur nun schon aus dem Spiel.

Einige seiner deutschen Gesprächspartner sprachen sich gegenüber Nikitin dafür aus, mit Rücksicht auf das in vier Jahren anstehende 250-jährige Gründungsjubiläum der Akademie einstweilen doch noch ihren alten Namen beizubehalten, aber das erschien der sowjetischen Seite „nicht mehr annehmbar, da auf Beschluß der Siegermächte der Preußische Staat von der Landkarte

145 Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates in Deutschland, 25.2.1947, in: Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Berlin, Nr. 14, 31.3.1947, S. 262.

146 Nikitin 1997, S. 130.

147 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 132.

verschwinden sollte“.¹⁴⁸ Auf der Suche nach einer tragfähigen Namensalternative konsultierte Nikitin verschiedene deutsche Persönlichkeiten und schlug schließlich im Namen der Abteilung Volksbildung der SMAD die Bezeichnung „Deutsche Akademie der Wissenschaften“ vor. Die in seinen Memoiren enthaltene Information, wonach diese Bezeichnung auf einen sowjetischen Vorschlag zurückgeht, ist überraschend. Eher wäre anzunehmen gewesen, dass diese Namenswahl dem in der Geschichte der PAW wurzelnden Verlangen entsprungen wäre, sich als deutsche Nationalakademie zu etablieren. Einen solchen Eindruck wollten die Mitglieder aber gerade vermeiden. Nachdem Nikitin Stroux gebeten hatte, seinen Vorschlag, bevor er verbindlich gemacht würde, noch einmal im Kreise der Akademiemitglieder zu erörtern, sprachen diese sich mehrheitlich dafür aus, dass der Bezug auf Berlin im Namen beibehalten werden solle, und zwar mit einer bemerkenswerten Begründung: „Eine rein ‚Deutsche‘ Akademie beanspruche nach Meinung der Akademiemitglieder die führende Rolle unter den anderen deutschen Akademien und den Status eines gesamtdeutschen wissenschaftlichen Zentrums, was den Traditionen des wissenschaftlichen Lebens in Deutschland widerspreche.“ So einigte man sich schließlich auf die von allen Seiten getragene Kompromisslösung „Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin“, die auch in den Eröffnungsbefehl von Marschall Sokolowski aufgenommen wurde.¹⁴⁹ Aus Sicht Nikitins sollte das Adjektiv „deutsch“ keinen gesamtdeutschen Anspruch ausdrücken, sondern schlicht der Tatsache Rechnung tragen, dass die Ordentlichen Mitglieder der Akademie jetzt in mehreren deutschen Ländern wohnten, auf die das ehemalige preußische Territorium aufgeteilt worden war.

148 Nikitin 1997, S. 130.

149 Ebd.

10. Das Konzept der Wiedereröffnung

In der gegebenen Situation hatte die Namensfrage zweifellos eine erhebliche politisch-taktische Bedeutung. Dennoch war sie bei den Vorbereitungen zur Neueröffnung nicht das zentrale Problem. Im Mittelpunkt stand vielmehr die Frage, welches wissenschaftliche Profil die Akademie in ihrer neuen Entwicklungsstufe anstreben sollte. Hier sah Nikitin zunächst zwei Möglichkeiten – eine Institution, deren Hauptaufgabe weiterhin geisteswissenschaftliche Forschungen wären, wie es sich in der PAW seit Gründung der KWG de facto ergeben hatte, oder eine Institution, die auch die naturwissenschaftliche Forschung großzügig ausbaut. Die erste Variante wäre weitaus leichter zu realisieren gewesen als die zweite. Sie hätte sich mehr im Umkreis des bis dahin Vertrauten bewegt und hätte zum großen Teil in den altbekannten Formen der akademischen Forschungsorganisation – Kommissionen und von diesen geleitete Unternehmen – agieren können, passend ergänzt durch Institute von überschaubarer Größe. Das wäre eine „Forschungsakademie light“ gewesen, während die zweite Variante unvermeidlich zu einer Großorganisation führen musste. Zudem hätte eine als geisteswissenschaftliches Zentrum ausgelegte Akademie weit geringere Kosten verursacht und sie wäre auch für die SMAD leichter zu handhaben gewesen, denn hier hätten die strengen Auflagen des Kontrollratsgesetzes Nr. 25 keine Rolle gespielt. Deshalb hatte sich nach Nikitins Angaben die Volksbildungsabteilung der SMAD anfangs auch an dieser Variante orientiert.¹⁵⁰

In dem Maße aber, in dem Nikitin und seine Mitarbeiter einen Überblick über die Situation der außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf dem Territorium der SBZ gewannen, trat in ihren Überlegungen die zweite Variante in den Vordergrund. Was sich hier abzeichnete, war weniger ein Freiraum für visionäre Gestaltungen als vielmehr eine akute Notsituation. Diverse naturwissenschaftliche Institute waren ihrer früheren Anbindung und

150 Vgl. ebd., S. 127.

damit ihrer regulären Finanzierungsquellen verlustig gegangen. Diejenigen unter ihnen, die mit der (ebenfalls am Boden liegenden) Industrie verbunden waren oder bezahlte Aufträge sowjetischer Stellen akquirieren konnten, kamen noch notdürftig durch, andere aber, wie etwa die Sternwarten und astronomischen Institute, waren in einer verzweifelter Lage. Für sie erschien eine Zuordnung zur Akademie mit gesichertem Etat als Rettungsanker. Die entscheidende Frage war nun, ob man ein Provisorium schuf, bei dem die Akademie als Holding für Institute erhalten musste, die der Sache nach gar nicht zu ihr passten, oder ob für das Problem der aus ihren früheren institutionellen Kontexten herausgebrochenen Institute eine organische, zukunftsfähige Lösung gefunden wurde.

Nikitin ging diese Aufgabe mit bemerkenswerter Gründlichkeit an, geleitet von der Vorstellung, dass ein tragfähiges Profil der Akademie in jedem Fall mit ihrer historisch begründeten Identität kompatibel sein müsse. Nur so würde er den kleinen Kreis der in den Plenarsitzungen anwesenden und dort bei Abstimmungen votierenden Akademiemitglieder – die, wie erwähnt, vorwiegend geisteswissenschaftliche Disziplinen vertraten – von einem wesentlich erweiterten Zuschnitt der Akademie überzeugen können. So vertiefte er, der Physiker und Militär, sich in die Geschichte der PAW, „was bald das Ausmaß einer eigenständigen wissenschaftlichen Untersuchung annahm [...]“.¹⁵¹ Das war damals ungewöhnlich schwierig, denn die Archiv- und Bibliotheksbestände der Akademie waren größtenteils ausgelagert; Nikitin orientierte sich an den wenigen Dokumenten, die in den Räumen der Akademie verblieben waren, und ergänzte das daraus gewonnene Bild durch Gespräche mit verschiedenen deutschen Gelehrten. Er nahm zur Kenntnis, dass die deutschen Akademien – anders als die russische bzw. die sowjetische – traditionsgemäß über keine großen Forschungsinstitute verfügten, doch er ersah auch aus den konzeptionellen Überlegungen von Leibniz, dass dieser sich die Akademie durchaus anders vorgestellt hatte: „[...] viele Träume von

151 Ebd., S. 128.

Leibniz sind nie in Erfüllung gegangen“.¹⁵² Dem Entwurf des Befehls zur Wiedereröffnung der Akademie fügte er eine umfangreiche Ausarbeitung zur Geschichte der PAW als Anhang bei; sie lief auf die Feststellung hinaus, dass die Annahme, die Traditionen der Akademie sprächen gegen die Einbeziehung naturwissenschaftlicher Forschungen, nicht begründet sei. Der Anhang schloss mit dem praktischen Vorschlag, verschiedene Institute an die Akademie anzugliedern – insbesondere solche, die der theoretischen Grundlagenforschung nahestanden. Dazu regte Nikitin an, „diesen Angliederungsprozeß nicht abrupt und gleichzeitig zu vollziehen, sondern jeweils die Gegebenheiten jedes Instituts, seine Einbindung in andere laufende Arbeiten, aber auch die Bereitschaft der Akademie zur Aufnahme dieses oder jenes Instituts zu berücksichtigen“.¹⁵³ Das alles sollte aber nicht in den knappen Wortlaut des Befehls selbst einfließen, sondern bildete ergänzendes Hintergrund- und Ausführungswissen.

Tatsächlich enthielt der sehr knapp gehaltene Text des Befehls Nr. 187 gar keine Aussage über die innere Struktur der Akademie. Das blieb der Satzung überlassen, die sich die DAW zu geben hatte. Somit wurden auch akademieeigene Forschungsinstitute nicht erwähnt. Das *Procedere* wurde so arrangiert, dass Stroux als Akademiepräsident und Wandel als Präsident der DZVV ein Gesuch an den Obersten Chef der SMAD richteten, die Akademie wieder zu eröffnen. Mit seinem Befehl gab Sokolowski diesem Gesuch statt (§ 1) und unterstellte die DAW der DZVV, der auferlegt wurde, für die „fristgerechte und ausreichende Finanzierung“ der Akademie Sorge zu tragen (§ 2). Schließlich wurde Stroux als Präsident bestätigt (§ 3).¹⁵⁴ Eine Woche vorher war Stroux von Wandel in einem Brief vom 24. Juni 1946 formell mitgeteilt worden, „dass die Finanzierung der Akademie der Wissenschaften [...] in Zukunft

152 Ebd., S. 129.

153 Ebd.

154 Vgl. Befehl Nr. 187 des Obersten Chefs der SMA und Oberkommandierenden der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland zur Wiedereröffnung der Akademie vom 1. Juli 1946, in: Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 136, S. 467–472.

aus dem Etat der Universität Berlin vorgenommen wird“.¹⁵⁵ Damit hatte die Akademie finanzielle Existenz- und Planungssicherheit.

11. Die DAW auf dem Weg zu Forschungsinstituten

Zu ihrer feierlichen Wiedereröffnung am 1. August 1946 hielt Stroux eine von hohem Pathos getragene Rede, mit deren ersten Worten er sich an die der Festveranstaltung beiwohnenden Vertreter der vier Besatzungsmächte wandte. Im weiteren Verlauf schilderte er die aktuellen Pläne der Akademie für die Fortführung und Erweiterung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten: „Es zeigt sich darin, wie lange und sehnsüchtig unsere Akademie auf die neuen Arbeitsmöglichkeiten gewartet hat [...]“. Noch war vor allem von Arbeits- und Forschungsstellen die Rede, doch er verwies auch schon auf die künftigen Institute: „Dadurch aber, daß die Akademie mehr als bisher durch die Form der Forschungsinstitute ihre wissenschaftlichen Aufgaben erfüllen wird, werden sich ihr äußerer Aufbau wie ihre innere Arbeitsweise modernisieren“.¹⁵⁶ Das wurde in der neuen Satzung der Akademie, an der in den folgenden Wochen intensiv gearbeitet wurde und die bereits am 31. Oktober 1946 vorlag, rechtsverbindlich geregelt. In § 22 wurde festgelegt: „Für die Pflege bestimmter Wissenschaftsgebiete können auf Beschluß des Plenums und nach Bestätigung durch die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone Institute bei der Akademie begründet oder bereits bestehende ihr eingegliedert werden“.¹⁵⁷ Die damit gewährte Lizenz wurde nicht nur situativ genutzt, sondern zum systematischen Auf- und Ausbauprinzip der Akademie erhoben. Innerhalb weniger Jahre übertraf die Anzahl der bei ihr angestellten Wissen-

¹⁵⁵ Nötzoldt 1998, S. 32.

¹⁵⁶ Ansprache des Präsidenten der Akademie, Johannes Stroux, auf der Festveranstaltung am 1. August 1946, in: Hartkopf/Wangermann, Dokumente 1991, Dokument Nr. 138, S. 473–476, hier S. 475.

¹⁵⁷ Satzung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (vom 31. Oktober 1946), in: Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 10, S. 150–158, hier S. 157.

schaftler, die keine gewählten Mitglieder waren, die Anzahl der Ordentlichen und Korrespondierenden Akademiemitglieder um ein Mehrfaches und ihr äußeres Erscheinungsbild wie ihre faktische Wirksamkeit wurde mindestens ebenso von der Arbeit ihrer Forschungsinstitute geprägt wie von den Sitzungen des Plenums und der Klassen.

In seiner Eröffnungsansprache bemerkte Stroux dort, wo von der beabsichtigten An- und Eingliederung von Forschungsinstituten die Rede war, dies gelte „besonders von den hier verbliebenen Instituten der ehemaligen KWG“ und bezog sich ausdrücklich auf die im Harnack-Brief gewiesene Perspektive.¹⁵⁸ Zwei Akzente dieser Aussage verdienen Aufmerksamkeit. Mit den „hier verbliebenen“ waren vermutlich – aus dem Kontext geht das nicht deutlich hervor – nicht nur die in der Sowjetischen Besatzungszone gelegenen, sondern auch die in Dahlem beheimateten Kaiser-Wilhelm-Institute gemeint. Auf welche Informationen aber konnte Stroux sich stützen, als er von der „ehemaligen“ KWG sprach? Seit dem Sommer 1945 hatte sich hier Wesentliches ereignet. Die Göttinger Position war, in diskretem Einvernehmen mit der britischen Besatzungsmacht, stark ausgebaut worden. Otto Hahn, im November 1945 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet, war Anfang Januar 1946 aus der britischen Internierung zurückgekehrt und hatte zum 1. April 1946 aus der Hand von Planck die Präsidentschaft der KWG übernommen, wobei er sich auf das Votum der noch im Amt befindlichen Senatoren der Gesellschaft stützen konnte.¹⁵⁹ Offenbar als Reaktion darauf fand am 12. April in Ostberlin eine hochrangig besetzte Beratung über die „Zukunft der Institute der KWG“ statt, über die laut Nötzoldt allerdings keine Dokumente bekannt sind; nach einer Mitteilung von Nikitin an Nötzoldt wurde dort mit Wandel und Stroux Übereinstimmung dahingehend erzielt, die im sowjetischen Machtbereich befindli-

158 Ansprache des Präsidenten der Akademie, Johannes Stroux, auf der Festveranstaltung am 1. August 1946, in: Hartkopf/Wangermann 1991, Dokument Nr. 138, S. 473–476, hier S. 475.

159 Vgl. Henning/Kazemi 2011, S. 280.

chen Reste von Kaiser-Wilhelm-Instituten künftig der DZVV zu unterstellen.¹⁶⁰

Die Dahlemer Institute gerieten indessen in beträchtliche Finanzierungsschwierigkeiten, da die Alliierte Kommandantur im Frühjahr – unter einigermaßen mysteriösen Umständen – ihr Budget im Haushalt des Magistrats für das laufende Rechnungsjahr massiv reduzierte. Obendrein drohte der KWG von alliierter Seite nicht nur finanzielle Austrocknung, sondern existentielle Gefahr. Wie Eckart Henning bemerkt, „sollte die KWG als Nazi-Organisation auf amerikanischen Antrag wegen ihres Anteils an kriegswichtigen Aufgaben durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin aufgelöst werden“.¹⁶¹ Unter Bezugnahme auf US-Quellen gibt Inga Meiser an, dass die amerikanische Militärregierung im Sommer 1946 beim Alliierten Kontrollrat einen Gesetzentwurf zur Auflösung der KWG („Draft Law for the Dissolution of the Kaiser Wilhelm Society for the Promotion of Sciences“) eingereicht habe, in dem es eindeutig hieß, die KWG sei „hereby dissolved and any further activity of this Society is prohibited“.¹⁶² Bertie K. Blount, der Beauftragte der Britischen Militärregierung, nannte einen noch früheren Termin; am 10. Juli 1946 teilte er Otto Hahn mit, der Kontrollrat habe vor ca. sechs Monaten beschlossen, „daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufgelöst wird“.¹⁶³ Zumindest über Andeutungen dieser Informationen dürfte Stroux verfügt haben, als er in seiner Eröffnungsrede die KWG mit dem Attribut „ehemalig“ versah. Dass der Kontrollrat die Auflösung der KWG zumindest erwogen hat, kann in Kenntnis des amerikanischen Be-

160 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 32.

161 Eckart Henning, Der Übergang der Kaiser-Wilhelm- auf die Max-Planck-Gesellschaft. Mit einem Ausblick auf die Gegenwart, in: Karl-Heinz Bernhardt/Hubert Laitko (Hg.), Akademische und außerakademische Forschung in Deutschland. Tendenzen und Zäsuren eines Jahrhunderts (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften 34), Berlin 2013, S. 57–65, hier S. 57.

162 Zit. in: Meiser 2013, S. 30. [Meiser gibt hier in Fußn. 80 als Datum dieses Entwurfs den 5.5.1947 an. Das ist offenbar ein Schreibfehler und müsste 1946 heißen. – H. L.].

163 Henning/Kazemi 2011, S. 282.

schlussvorschläges als erwiesen betrachtet werden. Ob er allerdings wirklich einen definitiven Auslösungsbeschluss gefasst und warum er, wenn dies der Fall gewesen sein sollte, auf dessen Veröffentlichung und Umsetzung verzichtet hat, ist bis heute unklar.

Die unübersichtliche Situation im Sommer 1946 hatte die gerade eröffnete DAW jedenfalls ermutigt, auf eine eventuelle Verbindung mit den Dahlemer Instituten – in welcher Form auch immer – zu hoffen. Die akute Finanzierungs Krise dieser Institute schien dafür zeitnah eine Chance zu bieten. Mit ihrer Budgetierung durch die DZVV, die sie von Entscheidungen und Restriktionen der Alliierten Kommandantur unabhängig machte, war die Akademie nun auch prinzipiell in der Lage, Finanzierungsanfragen zu unterbreiten. Im Sommer 1946 war „ein Vertreter der Zentralverwaltung für Volksbildung an Robert Havemann herangetreten und hatte ihm den Vorschlag der Akademie der Wissenschaften zu Berlin unterbreitet, Mittel für die Forschung der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute bereitzustellen“.¹⁶⁴ Das geht aus einem von Meiser gefundenen Brief an Samuel Shulits von der amerikanischen Militärverwaltung vom 19. Juli 1946 hervor. Havemann erklärte hier seine grundsätzliche Bereitschaft, das Geld anzunehmen, wenn daran keine einseitigen Bedingungen geknüpft seien „und wenn die Inanspruchnahme dieser Mittel ausdrücklich durch die amerikanische Militärregierung genehmigt worden ist“.¹⁶⁵

Dieser Brief ist der erste bekannte Beleg dafür, dass die Akademie ihr Interesse an den Dahlemer Kaiser-Wilhelm-Instituten nicht nur in allgemeiner Form bekundet, sondern auch konkrete Schritte in diese Richtung unternommen hat. Am 4. September 1946 kam die Frage auf einer Beratung zur Sprache, die zwischen Havemann und den Direktoren und Abteilungsleitern der Institute auf der einen und Vertretern der amerikanischen Militärverwaltung auf der anderen Seite stattfand und der weiteren Finanzierung dieser Institute gewidmet war. Wie Meiser den überlieferten

¹⁶⁴ Meiser 2013, S. 34f.

¹⁶⁵ Zit. in: Meiser 2013, S. 35.

Berichten über die Beratung entnahm, standen ihre Teilnehmer einer eventuellen Finanzierung durch die DAW „sehr distanziert“ gegenüber: „Man befürchtete, dass sich durch eine zu enge Bindung an die Akademie, die unter dem direkten Einfluss der Sowjetischen Militäradministration stand, eine zu starke Abhängigkeit der Kaiser-Wilhelm-Institute von den sowjetischen Verwaltungsbehörden ergeben könnte“.¹⁶⁶

Niemals in ihrer Geschichte war die Akademie einer möglichen Verbindung mit den Dahlemer Instituten näher als in dieser Situation. Aber das gegenseitige Misstrauen, in dem sich die wachsende Ost-West-Spannung lange vor dem Inkrafttreten definitiver Abschottungsmaßnahmen äußerte, war schon weit genug gediehen, um eine Realisierung dieser Möglichkeit zuverlässig zu verhindern. Wäre die Akademie weiterhin eine Einrichtung des Gesamtberliner Magistrats gewesen, dann hätte eine solche Lösung vielleicht noch im Bereich des Denkbaren gelegen – aber dann wäre die Akademie auch finanziell außerstande gewesen, handfeste Angebote zu machen. Die DZVV hingegen konnte Mittel bereitstellen, doch sie unterstand allein der SMAD und nicht der Viermächteverwaltung. In der zweiten Hälfte des Jahres 1946 wurden von westlicher Seite entschiedene Vorkehrungen getroffen, um eventuelle Einflüsse aus Ostberlin auf die Kaiser-Wilhelm-Institute in den westlichen Besatzungszonen und in den Westsektoren Berlins abzublocken. Am 11. September wurde in Bad Driburg in der Britischen Zone (und zunächst nur für diese Zone) die „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.“ gegründet – angesichts eines möglichen Kontrollratsverdikts über die KWG als „eine ‚Auffangstellung‘ für den Notfall, um einer etwaigen Auflösung zuvorzukommen bzw. sie zu umgehen“.¹⁶⁷ Damit war garantiert, dass die Institute nie ohne organisatorische Anbindung bleiben würden; sie stünden dann auch für eine mögliche Zuordnung zur DAW nicht mehr zur Disposition. Zum Präsidenten wurde einstimmig Otto Hahn gewählt, der zugleich weiterhin Präsident

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ Henning 2013, S. 57.

der KWG blieb.¹⁶⁸ Im Spätherbst wurde auch für die Finanzierung der Dahlemer Institute eine Lösung gefunden; sie wurde in einem am 3. Juni 1947 zwischen den in der Amerikanischen Besatzungszone gelegenen Ländern Bayern, Hessen und Württemberg abgeschlossenen Staatsabkommen über die Errichtung einer „Deutschen Forschungshochschule“ in Berlin-Dahlem fixiert.¹⁶⁹ Diese Lösung, die von Meiser detailliert dargestellt wird,¹⁷⁰ machte die Dahlemer Institute für eine eventuelle Angliederung an die DAW unerreichbar.

Daraus ergab sich für die DAW eine gravierende Konsequenz. Wenn sie sich als „Forschungsakademie“ etablieren wollte, dann konnte sie das ausschließlich mit Instituten, die sich in der SBZ und im Sowjetischen Sektor Berlins befanden bzw. dort errichtet wurden. Ihr gesamtdeutscher Anspruch, den sie auf der Ebene der Gelehrtenengesellschaft verfolgte, ließ sich auf der Ebene der Institute von vornherein nicht einlösen; so waren die Weichen für ihre Entwicklung zu einer genuin ostdeutschen Einrichtung schon 1946 gestellt. Die Hoffnung, Harnack gleichsam postum beim Wort nehmen und seine gegenüber Diels geäußerte Andeutung doch noch Wirklichkeit werden lassen zu können, musste zum allergrößten Teil zu den Akten gelegt werden.

Die Kaiser-Wilhelm-Institute waren zwar der lange favorisierte, aber keineswegs der einzige Weg für die DAW, sich mit Forschungsinstituten auszustatten. Ganz akut war sie 1946 mit der Notwendigkeit konfrontiert, einer Reihe traditionsreicher astronomischer, astrophysikalischer und geowissenschaftlicher Einrichtungen, die früher von staatlichen Behörden finanziert worden waren, eine neue institutionelle Heimat zu verschaffen. Im Oktober bzw. November 1946 wurden das Astrophysikalische Observatorium, die Sternwarte Babelsberg, das Astronomische Recheninstitut und das Geodätische Institut – sämtlich in Potsdam gelegen – übernommen, ferner die Sternwarte Sonneberg in Thü-

168 Vgl. Henning/Kazemi, S. 282–286.

169 Vgl. ebd., S. 292f.

170 Vgl. Meiser 2013, S. 32–76.

ringen und das Zentralinstitut für Erdbebenforschung in Jena.¹⁷¹ Die geographische Verteilung, damals zufällig gegeben, deutete schon einen Gesichtspunkt an, den die DAW nachfolgend zum Prinzip erhob: Sie beschränkte sich nicht auf Ostberlin, sondern war bestrebt, ihr Forschungspotenzial über das ganze Territorium der DBZ/DDR zu verteilen. Dieser ihr zugewachsene geo- und kosmoswissenschaftliche Komplex (die Prägung „Geo- und Kosmoswissenschaften“ bürgerte sich später im Sprachgebrauch der Akademie ein) war in den Anfängen der DAW gleichsam ihr Flaggschiff als „Forschungsakademie“, denn diese Institute wiesen zwar teilweise erhebliche Kriegszerstörungen auf, konnten sich aber einer großen Tradition und eines erheblichen internationalen Renommees rühmen.¹⁷² So war es von symbolischer Bedeutung, dass gerade Kienle mit dem Festvortrag am 1. August 1946 betraut wurde.¹⁷³

Die Übernahme dieser Institute durch die Akademie kam ihren Leitern sehr entgegen, wobei die SMAD diese Präferenz behutsam förderte. So berichtet Nikitin, wie er bei seinem ersten Besuch im Astrophysikalischen Observatorium Potsdam Anfang 1946 Kienle kennen lernte und mit ihm über eine längerfristige Finanzplanung für diese Institution beriet. Kienle habe zunächst eine direkte Unterstellung unter die DZVV für die beste Lösung gehalten. Nikitin aber habe ihm die andere Möglichkeit erläutert, „das Observatorium nicht unmittelbar der Bildungsverwaltung, sondern der Akademie der Wissenschaften zu unterstellen, zumal der Befehl über deren Eröffnung bereits in Arbeit sei. Ich bat ihn, diese Alternative zu überdenken und mit seinen Mitarbeitern zu erörtern“. Bei Nikitins nächstem Potsdambesuch im Mai „sprachen sich Kienle und seine Kollegen begeistert für einen Anschluß an die Akademie aus [...]“.¹⁷⁴ Als Nikitin Verbindung zur Sternwarte Sonneberg aufnehmen wollte, fand sich deren Leiter Cuno Hoff-

171 Vgl. Naas 1950, S. 58–72.

172 Vgl. Wolfgang R. Dick/Klaus Fritze (Hg.), 300 Jahre Astronomie in Berlin und Potsdam, Thun/Frankfurt am Main 2000.

173 Vgl. Hans Kienle, Die Maßstäbe des Kosmos, Berlin 1948.

174 Nikitin 1997, S. 134.

meister unaufgefordert bei der SMAD ein, erbat Zugang zu Nikitin und erklärte diesem, dass er „unmittelbar hierher gefahren sei, um die Frage der Angliederung seines Observatoriums an die Akademie der Wissenschaften zu klären, und daß er Karlshorst auf keinen Fall verlassen werde, ehe nicht der entsprechende Befehl unterzeichnet sei. Ich versicherte diesem mir vom ersten Augenblick an ungemein sympathischen Professor, daß es gar keinen Grund zur Aufregung gebe, da unsere Interessen in diesem Punkt vollkommen übereinstimmen“.¹⁷⁵ Vorher hatte der energische Hoffmeister schon die vorgesehene Totaldemontage seiner Sternwarte durch eine sowjetische Einheit verhindert, indem er den leitenden Offizier, den Astronomen Boris V. Kukarkin, in ausführlichen Diskussionen davon überzeugte, sich mit der Entnahme einiger Geräte zu begnügen.¹⁷⁶

Die Übernahme „verwaister“ Einrichtungen war der kürzeste, aber keineswegs der ideale Weg der DAW zu eigenen Forschungsinstituten. Da die Gründung dieser Einrichtungen keine Reaktion auf ein aus der innerakademischen Erkenntnisdynamik entspringendes Desiderat war, konnte man nicht a priori sicher sein, ob es gelingen würde, zwischen der Gelehrtenegesellschaft und den ihr angeschlossenen Instituten eine organische Verbindung herzustellen. Um eine solche Verbindung zu fördern, standen der DAW verschiedene Mittel zu Gebote, etwa die Wahl der Direktoren solcher Institute zu Akademiemitgliedern, sofern deren wissenschaftliches Format einen solchen Schritt nahelegte. In manchen Fällen konnten inhaltliche Anschlüsse auch dadurch hergestellt werden, dass neu hinzugekommenen Instituten die Weiterführung traditioneller akademischer Unternehmungen übertragen wurde. So wurde dem Astronomischen Recheninstitut das frühere Akademieunternehmen „Geschichte des Fixsternhimmels“ ange-

175 Ebd., S. 136.

176 Vgl. Björn Kunzmann, Cuno Hoffmeister und die Sternwarte Sonneberg, in: Gudrun Wolfschmidt (Hg.), *Astronomisches Mäzenatentum. Proceedings des Symposiums in der Kuffner-Sternwarte in Wien, 7.–9. Oktober 2004* (Nuncius Hamburgensis. Beiträge zur Geschichte der Naturwissenschaften 11), Norderstedt 2008, S. 205–239, hier S. 232.

gliedert.¹⁷⁷ In der Frühphase der DAW stand die Übernahme und Integration bereits vorhandener Institute im Vordergrund des Potenzialausbaus. Das war unvermeidlich, weil akute Nachkriegsnöte dazu zwangen, und solche Erwerbungen gingen immer auch mit dem Risiko einher, dass anstelle eines organischen Ganzen ein institutionelles Konglomerat entstehen konnte.

Der Königsweg bei der Entwicklung zur „Forschungsakademie“ war die Gründung eigener Institute und deren behutsamer Ausbau. Er wurde 1946 in ersten Ansätzen beschritten, wobei das langsame Vorgehen sicher nicht allein forschungsstrategischer Vorsicht, sondern eher noch der Knappheit der verfügbaren personellen und sachlichen Ressourcen geschuldet war. Kocka, Nötzoldt und Walther schreiben dazu: „Neben der Fortführung traditioneller Forschungsvorhaben und der eher zufälligen Zuordnung von Forschungseinrichtungen prägten aber in der Folgezeit vor allem neu gegründete Institute das Forschungsprofil der Akademie ganz entscheidend. Sie entstanden in Einzelfällen nach dem in der KWG gepflegten sogenannten *Harnack-Prinzip*, also der personenzentrierten Institutsbildung für bedeutende Gelehrte [...]“.¹⁷⁸ Die früheste jener Gründungen, die als Analoga zum Harnack-Prinzip gekennzeichnet werden, war das von der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse am 12. September 1946 beschlossene Institut für Geotektonik unter Vizepräsident Hans Stille, ein weiterer Eckpfeiler des geo- und kosmoswissenschaftlichen Komplexes der DAW. Stille, einer der führenden Geologen Deutschlands, Ordinarius an der Berliner Universität und seit 1933 Mitglied der PAW, hatte Präsident Stroux am 19. Juli 1946 eine „Denkschrift für die Begründung eines Akademieinstituts für geotektonische Forschungen“ überreicht, die die konzeptionelle Basis für den Gründungsbeschluss bildete. Wie Erich Schroeder ausführt, war sie eine geringfügig veränderte Fassung einer Denkschrift, mit der Stille, seit 1937 Senator der KWG, bei dieser kurz vor Kriegsbeginn die Gründung eines geotektonischen Kaiser-

177 Naas 1950, S. 64.

178 Kocka (Hg.) 2002, S. 392.

Wilhelm-Instituts beantragt hatte.¹⁷⁹ Das ist ein weiterer Beleg dafür, wie die historische Verflechtung von PAW und KWG in die Geschichte der DAW hineinragte. Stilles neues Institut begann seinen Weg mit minimalem Aufwand. Noch 1950 schrieb Naas in seinem Arbeitsbericht, die Verwirklichung des Institutszweckes hänge „von dem Erfolg ab, aus einem bestimmten kleinen Kreis geeigneter Fachvertreter in Deutschland Mitarbeiter zu gewinnen; diese Bemühungen haben jedoch bisher nur unbefriedigenden Erfolg gehabt. Mittel zum Ausbau stehen dem Institut ausreichend zur Verfügung. Der Grundstock einer eigenen Bibliothek und einer Kartensammlung konnte gelegt werden. Jedoch ist es hinsichtlich der notwendigen literarischen Hilfsmittel im Wesentlichen auf die Bibliothek des Geologisch-Paläontologischen Instituts der Humboldt-Universität angewiesen“.¹⁸⁰ Ungeachtet seines retardierten Starts wurde das Institut für Geotektonik zu einem der Ausgangspunkte des 1969 durch Zusammenschluss mit weiteren geowissenschaftlichen Akademieeinrichtungen gebildeten Zentralinstituts für Physik der Erde (ZIPE), einer leistungsfähigen Forschungseinheit von mittlerer Größe, die Ende 1989 über 374 Mitarbeiter verfügte, von denen 188 Wissenschaftler waren.¹⁸¹

Ein Weg zu Forschungsinstituten, der vor allem für die Geisteswissenschaften gangbar und besonders eng an die herkömmlichen akademischen Arbeitsweisen gekoppelt war, führte über die für die Betreuung von Unternehmungen wie Lexika, große Editionen oder Inschriftensammlungen geschaffenen Kommissionen der Akademie. Wie Manfred Bierwisch hervorhob, ging die „Umwandlung der Gelehrtenengesellschaft in eine Forschungsakademie – zumal im Bereich der Geisteswissenschaften – zunächst eher konservativ vor sich: Es wurden die traditionellen Akademie-Langzeitvorhaben wie die *Inscriptiones Graecae*, die *Monumenta*

179 Vgl. Erich Schroeder, Vom Geotektonischen Institut zum Bereich Geologie. Beiträge zur Geschichte einer Forschungseinrichtung an der Berliner Akademie der Wissenschaften (1946–1991), in: Zeitschrift für geologische Wissenschaften 32 (2004) 2–4, S. 271–291, hier S. 271–273.

180 Naas 1950, S. 71f.

181 Vgl. Scheler 2000, S. 432f.

Germaniae Historica, das *Altägyptische* und das *Mittellateinische Wörterbuch* oder das *Deutsche Wörterbuch* der Brüder Grimm weitergeführt, aber auch neue Unternehmungen hinzugenommen, wie das von dem Altphilologen Wolfgang Schadewaldt initiierte *Goethe-Wörterbuch* – all das noch weitgehend in Abstimmung und zum Teil gemeinsam mit den anderen deutschen Traditionsakademien in Göttingen, Heidelberg, Leipzig und München. [...] Die zunächst unter der Ägide von traditionellen Einrichtungen wie der *Deutschen Kommission* von Akademiemitgliedern betreuten Einrichtungen bildeten den Ansatzpunkt für die Errichtung von Instituten [...].¹⁸² 1946 kam es noch nicht zu solchen Institutsgründungen, doch auf der Ebene der Kommissionen vollzogen sich Konzentrations- und Profilierungsprozesse, die für die kommenden Jahre derartige Gründungen vorbereiteten.

In der Institute-Bilanz des Jahres 1946 sind noch zwei Einrichtungen zu nennen. Am 1. Oktober wurde ein Forschungsinstitut für Mathematik unter Erhard Schmidt gebildet, aus dem über verschiedene Umstrukturierungen 1981 schließlich das Karl-Weierstraß-Institut für Mathematik hervorging. Wohl am weitesten vom herkömmlichen Akademieprofil entfernt war das im November 1946 zur DAW gekommene techniknahe Heinrich-Hertz-Institut für Schwingungsforschung. Im Laufe der Zeit erfolgte die Integration dieses Instituts in das schnell wachsende naturwissenschaftliche Potenzial der Akademie; über eine Reihe von Umbildungen wurde daraus 1985 schließlich das Heinrich-Hertz-Institut für Atmosphärenforschung und Geomagnetismus.¹⁸³

Ende 1946 war die DAW so etwas wie ein Rohentwurf einer „Forschungsakademie“ im Labormaßstab. Es forderte viel Zuversicht und Beharrlichkeit der Pioniere, daraus eine große, leistungsfähige Institution wachsen zu lassen – und das umso mehr, als sie dabei kaum mit einer ausgewogenen strategischen Vision zu Werke gingen, sondern vor allem auf „learning by doing“ an-

182 Manfred Bierwisch, Die Akademie der Wissenschaften der DDR. Fallbeispiel Sprachwissenschaft, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 173–184, hier S. 173f.

183 Vgl. Manfred Günther (Hg.), Das Heinrich-Hertz-Institut in Berlin-Adlershof (Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 2), Berlin-Adlershof 1997.

gewiesen waren. Die folgenden Jahre mussten zeigen, inwieweit der institutionelle Ansatz zukunftsfähig war. Der aufkommende Ost-West-Gegensatz war, wie erörtert, ein Katalysator des Neubeginns, aber die damit einhergehenden Spannungen und Reibungen machten schon die Anfänge nicht leicht und sie wurden in den folgenden Jahren größer. Das gesellschaftliche Umfeld in der SBZ und in der frühen DDR ließ der neuartigen Institution kaum Zeit, in Ruhe zu wachsen und zu reifen. In den Jahren nach 1946, die hier nicht mehr Gegenstand der Darstellung sind, wurde – vor allem aufgrund des zunehmenden Drucks, die Akademie für drängende Aufgaben des Wiederaufbaus (Bauwesen, Ernährung usw.) einzusetzen – das Ausbautempo so stark forciert, dass die Assimilationsfähigkeit der akademischen Gelehrtenengesellschaft bis zum Extrem strapaziert wurde.

Das war der aus institutioneller Sicht neuralgische Punkt: Wie konnten sich Gelehrtenengesellschaft und Institute aufeinander einstellen und produktiv interagieren? Betrachtet man allein den Kreis der Akademiemitglieder, die in Berlin anwesend waren und regelmäßig an der Arbeit von Plenum und Klassen teilnahmen, so waren es von 1945 bis 1948 gewöhnlich weniger als zwanzig¹⁸⁴ und das von ihnen repräsentierte Fächerspektrum war defizitär. Mehrere Faktoren aggregierten sich zu einer überaus schwierigen personellen Situation für die Gelehrtenengesellschaft, die Walther pointiert kennzeichnet: „Denn Überalterung mit einer ungewöhnlich hohen Todesrate in den ersten Nachkriegsjahren, kriegsbedingte Evakuierung aus Berlin und nachkriegsbedingte Umzüge insbesondere in die drei Westzonen bündelten sich zu einem strukturell bedrohlichen Ergebnis: dem dramatischen Schrumpfen der Anzahl aktiver in Berlin verfügbarer Akademiemitglieder und dem Mangel akademiewürdiger Wissenschaftler im traditionellen Einzugsbereich der Akademie“.¹⁸⁵ Ein Schlüsselproblem war daher die Aufstockung des Plenums nach Mitgliederzahl und Fächervielfalt. Der Pool, der dafür zur Disposition stand, war in den

184 Vgl. Nötzoldt 1998, S. 42.

185 Walther 1996, S. 149f.

ersten Nachkriegsjahren winzig, und die DAW schöpfte ihn bei ihren Zuwahlen ab 1946 bis zum Limit aus.¹⁸⁶ Zudem setzte allmählich auch schon die für den Kalten Krieg charakteristische Ost-West-Migration ein. Große Anforderungen stellte die Entwicklung der Forschungsinfrastruktur, die für einen Instituteverbund wesentlich aufwändiger war als für eine bloße Gelehrtenengesellschaft. Nach der quantitativen und fächerbezogenen Komplettierung des Plenums stellte sich die Frage, wie es zweckmäßig gegliedert sein müsste, um mit einem weit gefächerten Ensemble von Instituten optimal interagieren zu können; dazu wurden verschiedene Klasseneinteilungen erprobt. Kurzum, nach und nach trat ein ganzes Bündel von Fragen zutage, die gelöst werden mussten, um die Idee der „Forschungsakademie“ mit Leben zu erfüllen – Fragen, die 1946 noch nicht abzusehen waren und für die aus der Geschichte kaum Antworten abgerufen werden konnten.¹⁸⁷ Dieser Prozess, der aus institutionalgeschichtlicher Sicht bisher nur fragmentarisch untersucht worden ist, ging bis zum Ende der DDR weiter. Ende 1989 verfügte die Akademie über einen Personalbestand von 23.675 Beschäftigten, darunter 8.371 Wissenschaftlern, die in einem tief gegliederten multidisziplinären Komplex von Forschungseinrichtungen tätig waren.¹⁸⁸

12. Fazit

Abschließend ergibt sich für die hier betrachtete Phase der Berliner Akademieggeschichte von der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands im Mai 1945 bis Ende 1946 das folgende Gesamtbild.

1. In dieser Phase vollzog sich ein Wandel der Institutionalgestalt der PAW von der traditionellen, meritokratisch konstituierten und sich durch Wahlen autonom ergänzenden Gelehrtenge-

186 Vgl. Walther 1996; Walther 2002.

187 Vgl. Hubert Laitko, Betrachtungen zum Problem akademiespezifischer Forschung, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 3 (1995) 3, S. 19–28.

188 Vgl. Scheler 2002, S. 247, S. 391–456.

sellschaft mit einem ihr zugeordneten minimalen Forschungspotenzial (Arbeitsstellen für die von akademischen Kommissionen initiierten und geleiteten Unternehmungen) zu einer – später als „Forschungsakademie“ bezeichneten – Kombination von Gelehrtenengesellschaft und expansionsfähigem Verbund von Instituten. Dieser Gestaltwandel bedeutete für die Akademien in Deutschland (und im gesamten Mitteleuropa) eine institutionelle Innovation. Er wurde markiert durch den besatzungsrechtlich angewiesenen Akt der Wiedereröffnung und die damit verbundene Änderung des Namens in DAW zu Berlin.

2. Die in Berlin geschaffene „Forschungsakademie“ korrespondierte in den Grundzügen mit der Institutionenform der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Von einem unter Besatzungshoheit erzwungenen Transfer der Akademiegestalt aus der Sowjetunion in die SBZ Deutschlands („Sowjetisierung“) kann dennoch nicht die Rede sein. Das historisch begründete Verhältnis beider Seiten war wesentlich komplexer als durch ein unidirektionales Transfermodell ausgedrückt werden kann. Jürgen Kocka, Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther erinnern daran, „daß die russische Akademie der Wissenschaften stets über Institute, Laboratorien und Museen verfügte und immer eine forschende Akademie blieb. Sie entsprach in diesem Sinn konsequenter dem Konzept von Leibniz, das in Berlin mit der Gründung der Humboldtschen Forschungsuniversität modifiziert worden war. Der Ausbau der sowjetischen Akademie nach 1925/34 fand auf dieser Grundlage statt und erweiterte die Akademie um Institute, die die Strukturen der Kaiser-Wilhelm-Institute, wenn auch modifiziert, sowie der Notgemeinschaft, der späteren DFG, zum Vorbild hatten“.¹⁸⁹ So fand die Berliner Akademie in ihrer in Moskau und Leningrad beheimateten Schwesterinstitution einerseits die Realisierung gewisser Momente des Leibnizschen Akademiekonzepts, die in Preußen Desiderat geblieben waren, und andererseits die rezipierte und

189 Kocka (Hg.) 2002, S. 369; Loren R. Graham, The formation of Soviet research institutes. A comparison of revolutionary innovation and international borrowing, in: *Social Studies of Science* 5 (1975) 3, S. 309–329.

adaptierte Form deutscher Muster der Forschungsorganisation aus der Zeit der Weimarer Republik. Nach Nötzoldt war die DAW „keinesfalls ein Import sowjetischer Wissenschaftsorganisation, sondern ein Ergebnis übereinstimmender Interessenlagen und Vorstellungen von Mitgliedern der Akademie auf der einen und der SMAD mit der ihr nachgeordneten DZVV auf der anderen Seite“.¹⁹⁰

3. Die sowjetische Besatzungsmacht spielte gegenüber der PAW/DAW in der Regel nicht ihre volle Verfügungsgewalt aus. Zudem besaß sie kein vorbereitetes und umsetzungsfähiges Konzept der Forschungsorganisation für Deutschland bzw. für ihre Zone. Was sie mit ihrem politischen Gewaltmonopol durchsetzte, waren generelle, nicht akademiespezifische und in der betrachteten Phase auch im interalliierten Konsens gehandhabte Maßnahmen (Verbot rüstungsrelevanter Forschung nach Kontrollratsgesetz Nr. 25; „Entnazifizierung“). In institutionellen Fragen war die Besatzungsmacht auf den Dialog mit der deutschen Seite angewiesen und verhielt sich auch dialogorientiert – mehr, als unmittelbar nach Kriegsende zu erwarten war. Dieser Dialog basierte auf einer – zumindest partiellen und temporären – Koinzidenz der Interessen. Dabei bildete sich der Kurs auf die Institutionalgestalt „Forschungsakademie“ als resultierende Tendenz einer Vielzahl mehr oder minder zufallsbedingter Einzelschritte heraus. Der Tendenzcharakter des Geschehens ergab sich daraus, dass hier kein Programm durch- und umgesetzt, sondern tastend ein Pfad gefunden oder auch erst gebahnt wurde.

4. Die Situation der PAW nach der deutschen Kapitulation war labil, schon ihre bloße Fortexistenz stand in Frage. In labilen Situationen werden auf der Suche nach Auswegen institutionelle Selbstverständlichkeiten hinterfragt, Neues wird denkmöglich, im Bestreben nach Selbstvergewisserung erfolgen Rückgriffe auf die eigene Geschichte ebenso wie Orientierungen an externen Mustern. Das alles war im ersten Nachkriegsjahr der Berliner Akademie zu beobachten. Der Übergang zu einer neuen Institutionalge-

190 Nötzoldt 1996, S. 112.

stalt, mit der sich die akademische Gelehrten-gesellschaft mehrheitlich identifizieren konnte, gewann an Chancen, weil unter den Akademiemitgliedern, die 1945/46 aktiv am akademischen Leben in Berlin teilnehmen konnten, zufällig diejenigen überwogen, die das traditionelle Verlangen der PAW nach Forschungsinstituten aus persönlicher Überzeugung unterstützten. Hier konnte eine Besatzungsmacht, die einen ähnlichen Akademiety-p besaß, zum Orientierungspunkt für eigene Zielstellungen werden. Die Frage, welchen Verlauf die Berliner Akademiegeschichte genommen hätte, wenn das Verhältnis der Alliierten zueinander frei von Spannungen gewesen wäre oder wenn die westlichen Besatzungsmächte der PAW nennenswertes Interesse entgegengebracht hätten, muss offenbleiben; vermutlich hätte das Modell der „Forschungsuniversität“ dann geringere Aussichten gehabt. Es wäre übertrieben zu behaupten, dass die Transformation der PAW zur „Forschungsakademie“ von der aufkommenden Ost-West-Spannung verursacht worden sei; dass sie davon profitiert hat, ist evident.

5. Ende 1946 war die DAW noch immer eine kleine Einrichtung. Ihre neue Institutionalgestalt war aber bereits in den Grundzügen vorhanden und so weit ausgebildet, dass sie wachstums- und entwicklungsfähig war. Bis zum Ende der DDR befand sie sich auf einem Wachstumspfad. Dabei bildete sie auch das Modell für einige Ressortakademien, die ebenfalls das Institutionalprinzip der „Forschungsakademie“ umsetzten. Ihre Auflösung im Abwicklungszeitraum 1990/91 erfolgte nicht, weil sie auf irgendwelche inneren Entwicklungsschranken gestoßen wäre. Der wesentliche Grund für diesen rigorosen Schritt bestand vielmehr darin, dass das in der Bundesrepublik Deutschland, deren institutionelle Verfasstheit das unhinterfragte Paradigma für das vereinigte Deutschland darstellte, etablierte System wissenschaftlicher Institutionen den Institutionaltypus „Forschungsakademie“ nicht benötigte. Die beiden Einrichtungen, die auf dem Gebiet der DDR dem traditionellen mitteleuropäischen Akademiemodell einer Gelehrten-gesellschaft ohne Institute entsprochen hatten – die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina und die Sächsi-

sche Akademie der Wissenschaften – , konnten sich hingegen ohne prinzipielle Schwierigkeiten in die bundesdeutsche Wissenschaftslandschaft einfügen und der Leopoldina gelang sogar der Aufstieg zur Nationalakademie. Über Vor- und Nachteile des Institutionentyps „Forschungsakademie“ in einem mit ihm kompatiblen institutionellen Milieu muss gesondert befunden werden.